

**4. Sitzung des Gemeindeparlamentes,
Donnerstag, 14. Dezember 2017,
Stadthaus, Ratsaal,
Sitzungsdauer: 19.00 Uhr – 21.05 Uhr**

Anwesend sind: 38 Ratsmitglieder (von 40 Mitgliedern)

Freisinnig-demokratische Partei:

1. Heinz Eng, 2. Reto Grolimund, 3. Urs Knapp, 4. David Plüss, 5. Daniel Probst,
6. Monique Rudolf von Rohr, 7. Simone Sager

Sozialdemokratische Partei:

1. Dr. Christine von Arx, 2. Ramazan Balkaç, 3. Eugen Kiener, 4. Andrea Leonhardt Mohr,
5. Huguette Meyer Derungs, 6. Dr. Rudolf Moor, 7. Luc Nünlist, 8. Dr. Arnold Uebelhart,
9. Dieter Ulrich

Christlichdemokratische Volkspartei:

1. Heidi Ehram, 2. Beat Felber, 3. Dr. Christoph Fink, 4. Muriel Jeisy

Evangelische Volkspartei Olten:

1. Marlène Wälchli Schaffner

Grünliberale Partei:

1. Beatrice Schaffner

Grüne Olten:

1. Myriam Frey Schär, 2. Anita Huber, 3. Michael Neuenschwander, 4. Felix Wettstein

Schweizerische Volkspartei:

1. Matthias Borner, 2. Franziska Erzinger, 3. Doris Känzig, 4. Philippe Ruf,
5. Christian Werner

Junge SP Region Olten:

1. Corina Bolliger, 2. Florian Eberhard, 3. Luisa Jakob

Olten jetzt!

1. Daniel Kissling, 2. Tobias Oetiker, 3. Laura Schöni, 4. Denise Spirig

Stadtrat:

Dr. Martin Wey, Stadtpräsident
Thomas Marbet, Baudirektion
Marion Rauber, Direktion Soziales
Benvenuto Savoldelli, Direktion Finanzen und Dienste
Iris Schelbert-Widmer, Direktion Bildung und Sport
Markus Dietler, Stadtschreiber
Ferner anwesend:
Urs Tanner, Finanzverwalter

Entschuldigt abwesend:

Deny Sonderegger

Unentschuldigt abwesend:

Alexandra Kämpf

Vorsitz: Dr. Rudolf Moor

Protokollführerin: Andrea von Känel Briner, Leiterin Stadtkanzlei

* * *

Geschäfte:

1. Mitteilungen
- * 1a Dringliche Motion FDP-Fraktion betr. Kulturarbeit/Frage der Dringlichkeit
2. Fachstelle für Kultur in Olten/Genehmigung
3. Reglement über die Anwohnerbevorzugung in Blauen Zonen (SRO 215), Reglement über das Verkehrs- und Parkierungsregime Altstadt/Innenstadt (SRO 215.1), Reglement über das Bestattungs- und Friedhofswesen der Einwohnergemeinde der Stadt Olten (SRO 218), Feuerwehreglement der Einwohnergemeinde der Stadt Olten (SRO 221) und Benützungordnung für die Stadthalle Kleinholz (SRO 323)/Teilrevisionen
- * 3a Dringliche Motion FDP-Fraktion betr. Kulturarbeit/Beantwortung
4. Parlamentarische Vorstösse/Begründung, Beantwortung und Weiterbehandlung
 - 4.1. Motion Felix Wettstein (GO) und Mitunterzeichnende betr. Darstellung der Rechnung zum Bericht der sbo
 - 4.2. Interpellation Philippe Ruf (SVP) und Mitunterzeichnende betr. Lärmbelästigung durch Untersuchungsgefängnis Olten
 - * 4.3. Interpellation Christine von Arx (SP/JSP) und Mitunterzeichnende betr. Bifangplatz
 - * 4.4. Interpellation Andrea Leonhardt Mohr und Huguetta Meyer Derungs (SP/Junge SP) und Mitunterzeichnende betr. Kinderbetreuung und schulergänzende Massnahmen
 - * 4.5. Motion Doris Känzig (SVP) und Mitunterzeichnende betr. Sicherheit am Ländiweg
 - * 4.6. Motion Beate Hasspacher (GO) und Mitunterzeichnende betr. Stadtbäume Olten
 - * 4.7. Postulat Christoph Fink (CVP/EVP/glp) und Mitunterzeichnende betr. Neue Stadtseiten-Verbindung für den Langsamverkehr
 - * 4.8. Postulat SP/Junge SP betr. angemessene Preise für Badi und Hallenbad
 - * 4.9. Postulat Raphael Schär (GO) und Mitunterzeichnende betr. Gemeinnütziger Wohnungsraum

- * 4.10. Postulat Christoph Fink (CVP/EVP/glp) und Mitunterzeichnende betr. Weiterführung Minigolfanlage im Kleinholz
- * 4.11. Motion Christine von Arx (SP/Junge SP) und Mitunterzeichnende betr. Kommission Bifangplatz
- * 4.12. Motion Christine von Arx (SP/Junge SP) und Mitunterzeichnende betr. Kommission Bahnhofplatz
- * 4.13. Postulat Andrea Leonhardt Mohr (SP/JSP) und Mitunterzeichnende betr. Lohnleichheit und Geschlechterquoten beim Personal der Stadtverwaltung Olten

- * Ergänzung der Traktandenliste
- ** aus Zeitgründen vertagt

* * *

Parlamentspräsident Dr. Rudolf Moor begrüsst die Anwesenden zur heutigen Sitzung.

* * *

Mitteilungen

Parlamentspräsident Dr. Rudolf Moor:

Protokollgenehmigung

Das Protokoll der Parlamentssitzung vom 21./22. Juni 2017 ist vom Büro am 27. November 2017 definitiv genehmigt worden.

* * *

Neujahrsapéro

Ich möchte Euch darauf aufmerksam machen, dass am 2. Januar 2018 um 11 Uhr ein Neujahrsapéro auf dem Kaplaneiplatz, bei sehr schlechtem Wetter auf der alten Brücke, stattfinden wird. Es ist natürlich schön, wenn möglichst viele der Parlamentarier auch teilnehmen.

* * *

Dringlicher Vorstoss/Eingang

Die dringliche Motion der FdP-Fraktion betr. Potenzial und Ausstrahlung städtische Kulturszene hat keinen eigentlichen Titel. Ihr findet sie in den Unterlagen, die Ihr auf dem Tisch hattet.

* * *

Sitzungsablauf

Nach der Sitzung findet ja das obligatorische Würstchenessen statt. Nach 20.59 Uhr werden wir nicht mehr mit der Behandlung eines neuen Vorstosses beginnen. Einfach, damit die Regeln von Anfang an klar sind und Ihr etwa wisst, wie Ihr den Hunger einteilen könnt, bis es etwas zu essen gibt. Ihr habt sicher gesehen, dass es zwischen Vorstössen und Würstchenessen noch einen Film gibt. Das müsst Ihr auch in den Hunger einkalkulieren. Aber der Film dauert nur 17 Minuten. Das sollte kein Grund sein, um zu verhungern.

Beilage:
Vorstosstext

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 14. Dezember 2017

Prot.-Nr. 41

Dringliche Motion der FDP-Fraktion betr. Kulturarbeit/Frage der Dringlichkeit

Urs Knapp: Ich werde mich kurzfassen, damit wir 20.59 Uhr wirklich auch mit dem letzten Geschäft beginnen können. Ich rede nur über die Dringlichkeit, nicht inhaltlich. Für uns ist diese Motion mit dem Sachgeschäft Fachstelle Kultur verknüpft. Wir betrachten dies als indirekten Gegenvorschlag. Es kommt jetzt auf den Entscheid bei der Fachstelle Kultur an. Von daher ist auch die Dringlichkeit gegeben. Man kann in und nach der Debatte über die Fachstelle Kultur über die Motion sprechen. Man weiss, dass es diese Motion und diesen Vorschlag gibt.

Stadtpräsident Dr. Martin Wey: Der Stadtrat überlässt die Beurteilung zur Dringlichkeit selbstverständlich dem Parlament.

Anita Huber, Fraktion Grüne: Wir lehnen die Dringlichkeit der Motion ab. Lassen wir doch zuerst die Mehrheit entscheiden, ob es eine Fachstelle für Kultur in Olten geben soll! Dann können wir in einer späteren Sitzung mit mehr Hintergrund über die Motion diskutieren.

Dr. Christoph Fink: Unsere Fraktion CVP/EVP/GLP ist für die Dringlichkeit, weil sie eben einen Zusammenhang mit dem Geschäft des Traktandums 2 hat. Aber wir sind grundsätzlich der Meinung, dass häufig dringliche Geschäfte keine gute Politik bedeuten, weil viele Geschäfte, die wir hier behandeln, eigentlich eine vertiefte Abklärung brauchen.

Dr. Christine von Arx, Fraktion SP/Junge SP: Wir haben keine einheitliche Meinung. Ein Teil der Fraktion ist der Meinung, dass hier die Möglichkeit der Dringlichkeit überstrapaziert wird. Es ist schon seit längerem bekannt, dass wir über diese Kulturfachstelle diskutieren werden, und es wäre schon länger möglich gewesen, sich Gedanken darüber zu machen, ob man eine Art indirekten Gegenvorschlag machen und ihn so einbringen will, sodass man auch wirklich seriös diskutieren kann. Der andere Teil der Fraktion sieht durchaus den inhaltlichen Zusammenhang und auch, dass es ein gewisses Interesse gibt, sodass man die Gesamtdiskussion über die Kulturfachstelle dann auch irgendeinmal beenden kann.

Daniel Kissling, Olten jetzt! Bei uns ist es eigentlich egal, ob die Motion dringlich behandelt wird oder nicht. Wir finden einfach, sie ist komplett unausgegoren. Dann kann man es heute auch diskutieren. Wir finden es schön, dass KOLT in dieser Arbeit gewürdigt wird, wobei es mit einer Fachstelle wenig zu tun hat.

Philippe Ruf, SVP-Fraktion: Wir unterstützen die Dringlichkeit, Betonung auf Dringlichkeit, weil es auch das einzige Thema ist, das wir im Moment ansprechen, da es in einem direkten Zusammenhang mit einem aktuellen Thema ist.

Beschluss

Mit 24 : 11 Stimmen bei 2 Enthaltungen wird der Dringlichkeit zugestimmt.

Mitteilung an
Kanzleiakten

Verteilt am

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 14. Dezember 2017

Prot.-Nr. 42

Fachstelle für Kultur/Genehmigung

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Stadtrat unterbreitet Ihnen folgenden Bericht und Antrag:

1. Ausgangslage

Am 30. März 2017 wurde folgende Initiative «Fachstelle Kultur für Olten» amtlich publiziert. Sie lautet wie folgt:

«Der Stadtrat von Olten wird beauftragt, eine städtische Fachstelle Kultur einzurichten und dem Parlament die notwendigen Ressourcen zu beantragen.»

Begründung:

Kulturpolitik ist gemäss dem Kulturförderungskonzept von 2004 eine der Kernaufgaben der Stadt Olten. Das Konzept legt fest, dass die öffentliche Hand das kulturelle Schaffen in Stadt und Region Olten unterstützen und fördern soll.

Das Kulturförderungskonzept von 2004 formuliert sechs Leitsätze zur städtischen Kulturpolitik. Auszug aus dem dritten Leitsatz: 'Die Einwohnergemeinde stellt mit Unterstützung der Regionsgemeinden und des Kantons für die Umsetzung der Zielsetzungen notwendige personelle und finanzielle Ressourcen und Dienstleistungen zur Verfügung.'

Ebenfalls im November 2004 genehmigte der Stadtrat den Bericht 'Kultur in Olten'; das Parlament hat daraufhin vom Bericht zustimmend Kenntnis genommen. Integraler Bestandteil dieses Berichts ist der Massnahmenplan.

Eine der Massnahmen erster Priorität lautet. 'Fachstelle für Kultur schaffen'. Bisher konnte diese Massnahme nicht realisiert werden.

Für die Wahrnehmung der städtischen Aufgaben in Kulturförderung, z.B. Bereitstellen von Organisationshilfen, Koordination, Entwicklung, Beratung des Stadtrates sowie Information der Öffentlichkeit sind die zeitlichen und fachlichen Ressourcen klein. Die Stadtkanzlei muss diese Aufgaben nebenher wahrnehmen.

Zudem wird als Folge der vom Stimmvolk genehmigten Teilrevision der Gemeindeordnung die Kulturförderungskommission per Ende Juli 2017 aufgehoben. Sie hatte bisher die Aufgabe, die städtischen Förderpreise für Kultur zu beantragen und den Stadtrat hinsichtlich Förderung des kulturellen Schaffens zu beraten.»

Die 60-tägige Sammelfrist endete am 29. Mai 2017. Fristgerecht wurden der Stadtkanzlei die Unterschriftenbogen am 23. Mai 2017 eingereicht.

Der Stadtrat stellte dem Gemeindeparlament in der Folge den Antrag, die in der Form einer Anregung eingereichte Volksinitiative abzulehnen. Er betonte zwar, er erachte die Mehrzahl der erwähnten Aufgaben im Kulturbereich durchaus als sinnvoll. Daher seien sie ja auch schon 2004 im Kulturbericht erwähnt worden und würden viele von ihnen durch verschiedene Bereiche der Stadtverwaltung auch wahrgenommen. Auch die Zusammenfassung dieser Aufgaben in einer von den Initiantinnen und Initianten gewünschten Fachstelle Kultur wäre durchaus wünschenswert. Dies würde aber aufgrund der kleinteiligen Aufteilung aber nicht zu pensenrelevanten Entlastungen führen, welche die neugeschaffenen Stellenprozente kompensieren würden.

Hinzu komme, dass andernorts im Kulturbereich und in der Gesamtverwaltung ein Bedarf nach zusätzlichen Ressourcen besteht. Zu beachten sei ferner, dass die Finanzsituation nach wie vor angespannt sei und der Aufwand in der laufenden Rechnung weiterhin möglichst gering gehalten werden sollte, um die Selbstfinanzierung zugunsten von Investitionen hoch zu halten. Als nicht sinnvoll beurteilte der Stadtrat mit dieser Ausgangslage die Einführung einer neuen Hierarchiestufe im Kulturbereich durch ein «Amt für Kultur», auch wenn sie die Direktionsleitung Präsidium etwas entlasten würde. Der Stadtrat beurteilte daher die Fachstelle Kultur als «nice to have» und empfahl dem Gemeindeparlament die Volksinitiative «Fachstelle für Kultur in Olten» zur Ablehnung.

Das Gemeindeparlament ist jedoch an seiner Sitzung vom 28. September 2017 mit 19:17 Stimmen der ablehnenden Empfehlung des Stadtrates zur Volksinitiative «Fachstelle für Kultur für Olten» nicht gefolgt, sondern hat diesen verpflichtet, eine konkrete Vorlage auszuarbeiten

2. Zum Inhalt

2.1 Situation in «vergleichbaren» Städten

Im Vorfeld der ersten Behandlung im Gemeindeparlament wurden verschiedene, mehr oder weniger vergleichbare Gemeinden zum Thema Kultursekretariat/Kulturfachstelle angefragt. Die eingegangenen 14 Antworten zeigen deutliche Unterschiede bei der Ausrichtung und der Stellendotierung auf: Die Aufgaben reichen von administrativen Dienstleistungen, teils rein intern für eine Kulturkommission, über Fachstellenkompetenz im Bereich Kultur bis hin zu einem eigentlichen Amt für Kultur mit Leitungsfunktion im Kulturbereich.

2.2 Vorlage vom Dezember 2004 im Oltnen Gemeindeparlament

Schon im Dezember 2004 hatte der Stadtrat dem Gemeindeparlament die Schaffung einer Fachstelle für Kultur mit einem Pensum von 50% beantragt. Der damalige Antrag basierte auf den Erkenntnissen des Berichts «Kultur in Olten». Diese stützten sich ihrerseits einerseits auf Ergebnisse einer Umfrage für den Kulturbericht, wo 25% der Teilnehmenden an der Publikumsbefragung, 28% der teilnehmenden Kulturschaffenden und 19% der teilnehmenden Kulturveranstalter eine Kulturstelle als kulturelle Aufgabe der Stadt bezeichneten. Andererseits wiesen auch Erfahrungen aus dem damaligen Tagesgeschäft auf Lücken in den Bereichen interne und externe Vernetzung, Koordination, Werbung für Kulturstandort, einheitlicher Veranstaltungskalender usw. hin. Als Zielsetzungen für die neue Stelle wurden denn auch interne und externe Koordination im Bereich Kultur, Ermöglichung der Umsetzung der im Kulturbericht aufgezeigten notwendigen Massnahmen, Entlastung im Kulturbereich des Leiters Direktion Präsidium und Zurverfügungstellen von Managementinstrumenten als Kompetenzzentrum für die städtischen Kulturinstitutionen und allenfalls für Dritte genannt.

Die Vorlage wurde im Gemeindeparlament am 7. Dezember 2004 punkto Bedarf und Ausrichtung – Kulturadministration oder «Amtsleitung» – sehr kontrovers diskutiert; unterstrichen wurde insbesondere, dass die städtischen Kulturbetriebe in ihrer Autonomie durch die neue Stelle nicht beeinträchtigt werden dürften. Zudem wurde im Vorfeld der damaligen Neuorganisation (fünf statt sieben Direktionen) eine Gesamtsicht über den Bedarf von neuen Stellen oder Pensenerhöhungen für die Gesamtverwaltung vermisst. Mit 21:14 Stimmen wurde daher Nichteintreten beschlossen.

Der Stadtrat verzichtete aufgrund der sehr dispersen Ausgangslage in der Folge angesichts von Stellenbedarf an der Front, damals insbesondere bei der Stadtbibliothek, auf eine erneute Vorlage.

2.3 Aktuelle Situation

2.3.1 Rechtliche Grundlagen

Aufgrund der Aufhebung der Kulturförderungskommission beantragte der Stadtrat dem Gemeindeparlament eine Teilrevision des Reglements über die Förderung des kulturellen Schaffens in Stadt und Region Olten (SRO 141.2), welches im Wesentlichen die Kompetenzen der früheren Kulturförderungskommission an den Stadtrat delegierte und von der Legislative an der Sitzung vom 23. März 2017 einstimmig genehmigt wurde. Dabei wurde auch festgehalten, dass für die Verleihung von Kulturpreisen, wie sie gegen Ende jeder Legislaturperiode stattfindet, jeweils mit diesem Auftrag befristet Fachexperten beigezogen werden sollen. Unverändert blieben die Richtlinien für die finanzielle Unterstützung kultureller Aktivitäten (SRO 141.1).

2.3.2 Personelle Ressourcen

Von den Aufgaben, die in der Volksinitiative aufgezählt werden und in den Pflichtenheften anderer Gemeinden figurieren, werden viele heute schon in der Stadtverwaltung Olten – auch nach der Auflösung der Kulturförderungskommission – abgedeckt, wenn auch nicht in einer Person vereint:

Aufgabe	wahrgenommen durch	Bemerkungen
Administration Kulturförderung, Bearbeitung Gesuche	Stadtkanzlei	<i>Früher für Kulturkommission, neu für Stadtrat</i>
Vorschlag städtische Kulturpreise	Jury aus Fachexperten	<i>Wird jeweils vom Stadtrat eingesetzt</i>
Organisation städtische Anlässe	Stadtkanzlei und Koordination Grossanlässe	
Information der Öffentlichkeit	Stadtkanzlei	<i>im Rahmen der allgemeinen städtischen Kommunikation</i>
Veranstaltungskalender	Stadtkanzlei	<i>Veranstaltende können sich selber im Internet eintragen</i>
Bewilligungen für (kulturelle) Veranstaltungen	Bereich Gewerbe	
Plakataushang	Bereich Gewerbe	
Bewirtschaftung Kunstsammlung	Kunstmuseum	
Ausarbeitung von Leistungsvereinbarungen	Direktionsleitung Präsidium	

Als Ansprechstelle fungieren die Stadtkanzlei und insbesondere der Stadtschreiber/Leiter Direktion Präsidium, der auch den Austausch mit den kantonalen Stellen (Amt für Kultur, Denkmalpflege/Archäologie) für übergeordnete Fragen pflegt; die Leitungen der städtischen Kulturbetriebe übernehmen diesen Austausch für ihre spezifischen Belange selber. Koordinierende Funktion für Veranstalter übernimmt ferner auch Region Olten Tourismus mit seiner Anlaufstelle Olten Info, die beispielsweise über vorhandene Räumlichkeiten Auskunft geben kann.

2.4 Mögliche Umsetzung

Der Stadtrat hat aufgrund des Parlamentsentscheids vom 28. September 2017 gemäss Art. 11 der Gemeindeordnung innert Jahresfrist einen ausgearbeiteten Entwurf vorzulegen. Aufgrund der Eingaben der Initianten, der Ergebnisse der Umfrage bei andern, vergleichbaren Gemeinden und aufgrund einer internen Bedarfsanalyse ist der Stadtrat der Ansicht, dass im Falle eines Umsetzungsauftrags durch das Gemeindeparlament oder das Volk folgende Leitplanken zur Ausrichtung gesetzt werden sollten:

- Fachstelle, nicht «Amt für Kultur»: Im Vordergrund steht die Knowhow-Trägerschaft intern und gegen aussen und nicht die Schaffung einer zusätzlichen Hierarchiestufe – auch wenn ausschliesslich die Unterstellung der städtischen Kulturinstitutionen unter die neue Stelle zu einer Entlastung der Direktionsleitung führen würde.
- Stellendotierung mindestens 60%, damit genügende Präsenz als Anlaufstelle besteht.

Konkret legt der Stadtrat folgendes Stellenprofil vor:

Bezeichnung	Fachstelle Kultur
Stellendotierung	60%
Zuständige Direktion	Präsidium
Vorgesetzte Stelle	Direktionsleitung Präsidium
Aufgaben	<p>Interne Knowhow-Trägerschaft</p> <ul style="list-style-type: none"> - Beratung des Stadtrates und der Direktionsleitung in allgemeinen Kulturfragen und Umsetzung der städtischen Kulturpolitik - Prüfung von Unterstützungsgesuchen von Kulturprotagonisten - Verankerung des Themas Kultur in der Stadtverwaltung - Ausarbeitung von Leistungsvereinbarungen mit Unterstützungsempfängern <p>Anlaufstelle für Externe (Veranstaltende, Kulturschaffende)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Beratung und Unterstützung (Formulierung von Gesuchen, Suche nach Lokalitäten) - Bereitstellen von Organisationshilfen (Wegleitungen, Formulare, Inventare für Infrastruktur) <p>Vernetzung und Kommunikation</p> <ul style="list-style-type: none"> - Pflege des Veranstaltungskalenders - Kontaktpflege mit Kulturveranstaltenden und Kulturschaffenden (Veranstaltungsbesuche, Organisation Vernetzungsanlässe) - Kontaktpflege mit andern Fachstellen im Kulturbereich

	Projektarbeit - Überarbeitung Kulturkonzept - Umsetzungsprojekte
Anforderungen	- Höhere Ausbildung in den Bereichen Kulturwesen und Management (vorzugsweise MAS Kulturmanagement) - Erfahrung in Kulturmanagement und Kommunikation - Interesse über alle Kultursparten hinweg - Hohe Flexibilität und Einsatzbereitschaft

3. Finanzielle Auswirkungen

Die Einstufung der Fachstelle Kultur mit dem Lohnsystem Abakaba ergab eine Einordnung in Lohnklasse 21. Die Lohnkosten für ein 60%-Pensum mit angenommenem Alter 35 betragen rund Fr. 78'000.- jährlich (inkl. 20% Sozialleistungen). Hinzu kommen teils einmalige, teils wiederkehrende Arbeitsplatzkosten (Pult, EDV, Büromaterial, etc.) sowie in der Höhe nicht voraussehbare Kosten durch neue Tätigkeiten und Projekte, welche die Fachstelle dank ihrer Ressourcen durchführen kann.

Aufgrund der kleinteiligen heutigen Aufteilung der Aufgaben führt deren Zusammenführung nicht zu pensenrelevanten Entlastungen, welche im Gegenzug die neugeschaffenen Stellenprozente kompensieren würden. Hinzu kommt, dass Aufgaben intensiver oder neu ausgeführt werden, so dass der Gesamtetat der Stellen in der Stadtverwaltung um die neuen Stellenprozente aufgestockt werden muss.

4. Antrag des Stadtrates

Der Stadtrat hält an seiner schon bei der Behandlung der als Anregung formulierten Volksinitiative geäusserten Meinung fest, dass die Wahrnehmung sämtlicher aufgezählter Aufgaben im Kulturbereich durchaus sinnvoll wäre. Daher wurden sie ja auch schon 2004 im Kulturbericht erwähnt und werden viele von ihnen durch verschiedene Bereiche der Stadtverwaltung auch wahrgenommen. Auch die Zusammenfassung dieser Aufgaben in einer von den Initiantinnen und Initianten gewünschten Fachstelle Kultur wäre durchaus wünschenswert, würde aber wie gesagt aufgrund der kleinteiligen Aufteilung nicht zu pensenrelevanten Entlastungen führen.

Einer Umsetzung des Anliegens der Initianten steht indessen nach Ansicht des Stadtrates entgegen, dass die personellen Ressourcen in der Stadtverwaltung, nicht nur wegen des erfolgten Personalabbaus im Rahmen der Sparmassnahmen, sondern auch wegen wachsender Bedürfnisse in einer wachsenden Stadt, knapp sind und daher in vielen Bereichen die Aufgabenerfüllung an Grenzen stösst, sowohl im Kulturbereich selber wie auch in der Gesamtverwaltung. So ist etwa die Personaldecke bei allen städtischen Kulturinstitutionen, sowohl bei den Museen wie auch bei den Bibliotheken, sehr eng und besteht somit Bedarf nach zusätzlichen Personalressourcen an der Front. Als Beispiele seien erwähnt, dass die gerne kritisierten Öffnungs- bzw. Schliessungszeiten der Stadtbibliothek nicht ohne personelle Aufstockung verändert werden können und dass bei den Museen interne Stellen in den Bereichen Technik und wissenschaftliche Mitarbeit sogar kostengünstiger sein könnten als externe Aufträge; dem steht aber die Zielsetzung von Stadtrat und Gemeindeparlament entgegen, die Personalkosten nicht ansteigen zu lassen. Auch im Bereich Kultur klafft die Lücke zwischen den zur Verfügung gestellten Ressourcen und den geforderten Ergebnissen nicht erst seit den Sparmassnahmen, seither aber noch in verstärktem Masse auseinander, was auch zu einer zunehmenden Belastung für die bestehenden Beschäftigten führt.

Aber auch in der übrigen Verwaltung besteht ein Bedarf nach zusätzlichen Kapazitäten, der sich bereits auf den Antrag für das Budget 2018 auswirkte, von der Jugendarbeit über die Integration und den Werkhof bis hin zur Stadtplanung (Ortsplanungsrevision mit den Schwerpunkten Verdichtung und Höherbauen) und zur Sozialregion. Auch im Bereich Kommunikation/Information und in weiteren Bereichen wären zusätzliche Ressourcen notwendig, wollte man die in der Öffentlichkeit zahlreich geäußerten Ansprüche alle erfüllen. Dem steht entgegen, dass die Finanzsituation nach wie vor angespannt ist und der Aufwand in der laufenden Rechnung weiterhin möglichst gering gehalten werden sollte, um die Selbstfinanzierung zugunsten von Investitionen hoch zu halten.

In Betrachtung der Gesamtsituation empfiehlt der Stadtrat im Sinne einer konsequenten und kohärenten Politik daher dem Gemeindeparlament, die Schaffung der in Erfüllung der Volksinitiative aufgezeigten Fachstelle Kultur abzulehnen.

5. Weiteres Vorgehen

Die Fachstelle Kultur ist im an der letzten Sitzung des Gemeindeparlaments verabschiedeten Budget 2018 der Stadt Olten nicht enthalten. Daher schlägt der Stadtrat im Falle einer Zustimmung durch das Gemeindeparlament oder im Falle eines Referendums durch das Volk eine Aufnahme ins Budget 2019 und eine Umsetzung per 1. Januar 2019 vor. Lehnt das Gemeindeparlament analog zum Antrag des Stadtrates die Schaffung einer Fachstelle Kultur ab, kommt es am 4. März 2018 zur Volksabstimmung.

Beschlussesantrag:

I.

1. Die Schaffung einer Fachstelle Kultur (60% in Lohnklasse 21) per 1. Januar 2019 mit wiederkehrenden Besoldungskosten von jährlich ca. Fr. 78'000.- wird genehmigt.
2. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

II.

Ziff. I.1. dieses Beschlusses untersteht dem fakultativen Referendum.

- - - - -

Der vorliegende Bericht und Antrag wurde den Parlamentsmitgliedern zusammen mit dem Ablehnungsantrag der Geschäftsprüfungskommission zugestellt.

Matthias Borner, GPK: Dieses Geschäft hat nicht zu vielen Diskussionen geführt. Man hat noch kurz über die Zuständigkeiten für die Kunst im öffentlichen Raum diskutiert, ob dies auch Teil dieser neuen Stelle sei, weil es nicht explizit erwähnt wurde. Martin Wey hat dazu ausgeführt, dass dies durchaus in der Verantwortung dieser neuen Stelle liegen könnte. Sonst sind die Mitglieder der GPK rasch zum Schluss gekommen, dass man diese Diskussion schon einmal geführt hat. Deshalb hat die Behandlung dieses Geschäfts nicht so lange gedauert wie letztes Mal. Die Mehrheit der GPK ist der Empfehlung des Stadtrates gefolgt und hat den Beschlussesantrag abgelehnt.

Stadtpräsident Dr. Martin Wey: Danke vielmals dem GPK-Sprecher für seine Ausführungen. Es gibt von unserer Seite her nicht allzu viel zu ergänzen. Insofern haben wir die Diskussion über diese Stelle ja letztes Mal schon geführt. Der Stadtrat hat dort eigentlich

auch schon dargelegt, wieso er nicht für die Schaffung einer solchen Stelle ist. An dieser Meinung hat sich nichts geändert. Das widerspiegelt sich schlussendlich im Bericht und Antrag. Was wir aber auftragsgemäss gemacht haben, weil das Parlament uns diesen Auftrag auch gegeben hat: Wir haben entsprechend eine solche Stelle formuliert und ein Pflichtenheft erstellt. Das sehen Sie auch im Bericht und Antrag, sodass wir schlussendlich dem Parlament eine solche Vorlage unterbreiten können, zu der Ihr heute Abend ja oder nein sagen könnt.

Beschluss

Mit 35 : 1 Stimme bei 1 Enthaltung wird Eintreten beschlossen.

Florian Eberhard, Fraktion SP/Junge SP: Eine Stadt lebt von der Kultur, und Kultur gehört für uns als wichtiger Grundpfeiler zum öffentlichen Dienst in der Stadt. Olten steht durch seine Zentrumsfunktion einer ganzen Region in der Pflicht, eine aktive Kulturförderung zu betreiben und den Menschen, die in dieser Stadt leben, eine Plattform für die Kultur zu bieten. Die Fraktion SP/Junge SP unterstützt also grundsätzlich das Hauptanliegen dieser Volksinitiative, der Kulturförderung einen festen Platz in der städtischen Struktur zu geben. Mit der Streichung der Museumskommission und der Kulturförderungskommission im Rahmen der letzten Teilrevision der Gemeindeordnung ist ein weiterer Teil der Struktur der Kultur in Olten verloren gegangen. Sie haben früher noch häufig geholfen, Neues zu ermöglichen und die Stadt zum Mitmachen zu bewegen. Die Stadtverwaltung ist ja bei solchen Kulturprojekten häufig nicht allzu unterstützend. Man kann zwar schon sagen, dass es in Olten kulturell momentan nicht so schlecht läuft. Das stimmt. Aber zu viel beruht momentan auf Gratisarbeit, Gratisarbeit, auf die man nicht selbstverständlich auch in fünf Jahren noch zählen kann. Eine Fachstelle kann nachhaltig wirken, damit die Kultur nicht von einzelnen Ausnahmeerscheinungen abhängt, so wie es momentan in dieser Stadt der Fall ist. Momentan werden diverse Aufgaben im Bereich der Kulturförderung, wie zum Beispiel die Koordination oder das Bereitstellen von Organisationshilfe von der Stadtkanzlei wahrgenommen. Wenn diese Bereiche von einer Fachstelle übernommen würden, könnte die Stadtkanzlei entlastet werden und weitere, bisher gar nicht wahrgenommene Arbeit angegangen werden, vermutlich auch professioneller. Wir finden den Vorschlag des Stadtrates mit der vorgesehenen 60-Prozent-Stelle in den meisten Punkten gut. Das Thema Beratung und Unterstützung, insbesondere von kleineren Kulturschaffenden ist für uns noch etwas zu wenig gewichtet. Jetzt noch zum Beschlussesantrag 2: Bei diesem Antrag 2 stellt sich für mich die grosse Frage, inwiefern dieser überhaupt umsetzbar sein soll. Ich sehe dies in diesem Fall überhaupt nicht gegeben. Die Personalkosten lassen sich bei öffentlich-rechtlichen Anstellungsverhältnissen nicht nach Belieben beeinflussen. Diese Löhne sind in Reglementen festgehalten. Bei gut qualifizierten Leuten sind kurzfristige Lohnsenkungen nicht möglich. Das würde kurzfristig zu massiven Kosten führen. Noch zur Kürzung des Kontos des Kunstmuseums: Dort sind die Konsequenzen für die entsprechende Institution noch viel dramatischer, als es vielleicht auf den ersten Blick erkennbar ist. Die Fremdfinanzierung von Fr. 250'000.—, die essentiell für die Weiterführung des Kunstmuseums ist, ist an die Beibehaltung der jetzigen Finanzierung durch die Stadt gekoppelt. Wenn wir bis jetzt dieser Kürzung folgen würden, droht diese Unterstützung ganz eingestellt zu werden, und auch der Betrag von 1,5 Millionen für die Sanierung ist sehr stark gefährdet. Zusammengefasst unterstützen wir grossmehrheitlich Beschlussesantrag 1 dieser Initiative, möchten aber noch betonen, dass dieses Anliegen für uns nicht oberste Priorität hat. Beschlussesantrag 2 ist für uns undenkbar.

Dr. Christoph Fink, CVP/EVP/GLP: Wir lehnen die Fachstelle für Kultur, wie auch der Stadtrat, einstimmig ab. Die Stadt Olten lebt immer noch in einem ziemlich rigorosen Sparmodus. Deshalb dürfen neue Stellen nur eingeführt werden, wenn sie unbedingt nötig sind. Das florierende Kulturleben in der Stadt Olten zeigt, dass es diese Stelle eben nicht unbedingt braucht. Wenn schon, müsste man die Ressourcen im Bereich Kultur an der Front, beispielsweise bei der Stadtbibliothek, wiederaufbauen. Diese Ressourcen sind ja im

Zusammenhang mit den Sparmassnahmen ziemlich zurückgefahren wurden. Es würde eher an der Front eine neue Stelle brauchen und nicht in der Verwaltung. Zu den anderen Fragen der FdP werde ich dann später noch etwas sagen.

Monique Rudolf von Rohr, FdP-Fraktion: Ich freue mich immer, wenn es Gäste hier hat, weil sie dann gleich 1 : 1 hören, wie es zu- und hergeht und was los ist. Das freut mich sehr. Gerade die Kultur ist wichtig, und Kultur ist in Olten etwas, das lebt. Von daher finde ich es toll, wenn sich so viele Leute damit abgeben und sich dafür engagieren. Schon am 28. September, als wir das letzte Mal die Kulturfachstelle diskutiert haben, haben wir es erwähnt. Die Oltner Kulturschaffenden sind kreativ, die Oltner Kulturszene blüht, sie lebt. Dazu trägt der Verein pro Kultur ebenfalls bei, eine private Initiative. Schon 2004 hat man versucht, eine Kulturfachstelle zu schaffen. Sie konnte aber nicht umgesetzt werden. Es waren damals nur 19 % der Kulturveranstalter, die fanden, man müsse eine Kulturstelle haben, und bei den Kulturschaffenden waren es 28 %, also nicht ganz ein Drittel, auch ein vergleichsweise kleiner Anteil, der eine solche Kulturfachstelle wollte. Ohne Kulturstelle, und jetzt haben wir 2017, also 13 Jahre später, sind wir gleichwohl eine Stadt geworden, welche Kultur lebt und im Ranking der Zeitschrift Bilanz an zweiter Stelle steht. Politik machen heisst Prioritäten setzen, das Machbare vor dem Wünschbaren zu realisieren. Der Stadtrat wägt in seinem Bericht die Interessen sorgfältig ab und begründet gut nachvollziehbar, weshalb er gegen die Fachstelle Kultur ist und wieso man sie ablehnen soll. Es stehen nämlich noch andere wichtige Anliegen im Raum. Christoph Fink hat es schon erwähnt. Das Personal der Stadtbibliothek leidet zum Beispiel im Moment unter den knappen Ressourcen, die zur Verfügung stehen. Auch das ist Kultur und ist für eine Stadt wichtig. Für Digitalisierungsprojekte werden wir früher oder später ebenfalls Geld in die Hand nehmen wollen oder müssen. Ein Schulhaus muss dringend gebaut werden, und die Umgestaltung des Bahnhofplatzes steht auch bevor. Bei dieser Ausgangslage folgen wir der Empfehlung des Stadtrates und lehnen die Schaffung einer Kulturfachstelle ab. Um aber Brücken zu bauen und gleichwohl der Kultur und vor allem den Kulturschaffenden in Olten den Rücken zu stärken, haben wir wenigstens einen Teil der Anliegen in der dringlichen Motion aufgenommen. Ich habe immer wieder einen Hilferuf gehört, dass man die Kulturschaffenden unterstützen muss, weil so viel ehrenamtlich geleistet wird. Das stimmt auch, weil hier so viel Freiwilligenarbeit zusammenkommt, wo man einfach einmal eine Entlastung bringen müsste. Hier geht es darum, wie es in der Motion auch schon erwähnt ist, zu welchen Konditionen man etwas bestellen kann, Hilfe bei Bewilligungen, Gesuche, wie man die Veranstalter bei der PR unterstützen kann usw., lauter organisatorische Aspekte. Das ist das Eine. Es ist uns natürlich bewusst, dass dies keine ganze Kulturstelle ist. Der ganze kulturpädagogische Teil fehlt. Aber das kann ja auch sonst zustande kommen, wenn man drei Kulturplayer hat, nämlich, wie wir vorschlagen, via Olten Tourismus. An der letzten Sitzung, an der wir über die Fachstelle beraten haben, hatte der Verein pro Kultur Olten auch den Veranstaltungskalender bemängelt und mit «Ausgehen in Olten» hätte ja bereits eine ausgezeichnete Dienstleistung. Potenzial und Ausstrahlung der städtischen Kulturszene können unserer Meinung nach so auch ohne Kulturstelle verstärkt werden. Uns geht es darum, bestehende Ressourcen, die ganze Infrastruktur, Personal und alles zu nützen, was schon vorhanden ist, und damit gleichzeitig den Kulturschaffenden in Olten zu helfen. In unseren Augen macht dies Sinn. Deshalb bitten wir Euch, der Motion und dem Stadtrat ebenfalls zu folgen. Dankeschön.

Doris Känzig: Bereits im September war die SVP gegen die Erheblichkeit dieser Volksmotion. Schon damals hatten wir Kosten befürchtet, die sich die Stadt nicht leisten kann. Eine Kompensation ist laut Stadtrat ausgeschlossen. Es entstehen zusätzliche Kosten, neue Stellenprozente, die fast Fr. 80'000.— kosten jedes Jahr. Dazu kommen unbekannte Folgekosten, und dies nachdem die Finanzen nach teilweisem Stellenabbau wieder besser sind. Die Fachstelle Kultur ist keine Notwendigkeit, sondern eine Nice-to-have-Stelle. Ein Geschenk passt man seinen finanziellen Verhältnissen an. Aber hier haben wir ein Weihnachtsgeschenk, das sich die Stadt Olten nicht leisten kann. Nach Finanzplan wird der Stadtrat ein weiteres Sparpaket schnüren. Die Kosten für diese Kulturfachstelle müssen nachher irgendwo wieder eingespart werden. Als Beispiel: Die Klassengrößen an der

Primarschule in Olten sind noch nicht am oberen Limit. Diese könnte der Stadtrat nach kantonalen Vorgaben noch erhöhen und Schulklassen einsparen. So etwas tut dann aber weh und geht auf Kosten der Schulqualität. Also setzen wir Prioritäten und verzichten auf dieses unnötige Weihnachtsgeschenk Kulturfachstelle. Qualifizierte Leute sind bereits in den Museen und in den zahlreichen Oltner Kulturbetrieben im Einsatz. Eine zusätzliche Fachstelle verursacht eine unnötig aufgeblähte Verwaltung. Leistungsvereinbarungen haben wir schon. Unterstützungsgesuche werden schon seit Jahren geprüft und bewilligt. Ich finde, wenn ich dieses Stellenprofil lese, einfach keine kulturellen Lücken beim aktuellen Zustand. Im Zusammenhang mit dem Budget 2018 hast Du, Daniel Kissling, gesagt, der Sport werde in Olten überwertet. Die Kultur komme zu kurz. Aber jetzt machen wir genau diesen Fehler im Kulturbereich. Eine Überbewertung für eine Interessengruppe. Schlussendlich brauchen wir dann noch eine Fachstelle für Sport, eine für das Leben im Alter und eine Fachstelle für Jugendfragen. Kunst und Kultur entstehen in Freiheit, zum Glück auch durch viele private Initiativen und nicht unter der Führung eines Organisators. Eine Fachstelle ist auf diesem Gebiet fehl am Platz, verbraucht auch finanzielle Ressourcen, die wir anderen kulturell Aktiven wegnehmen, siehe Motion FdP, die im Raum steht. Auch diesmal: Fünf Mal nein von der SVP.

Daniel Kissling, Olten jetzt!: Wir haben jetzt sehr viele Sachen gehört, und wir haben auch in den letzten Tagen sehr viele Sachen gehört, was das soll, was das nicht soll, welche anderen Vorschläge es gäbe. Wir stimmen jetzt über eine Stelle ab, die jährlich Fr. 80'000.— kostet. Worüber wir nicht abstimmen, finde ich noch relevant zu erwähnen. Wir stimmen nicht darüber ab, ob KOLT Unterstützung verdient hätte oder nicht, weil es sie ganz klar hat. Wir stimmen mit der Fachstelle Kultur nicht darüber ab, wie engagiert die Oltner Kulturszene ist, wie viel sie macht und wie gut sie ist. Wir stimmen mit der Fachstelle Kultur nicht darüber ab, ob Olten auf dem Bilanzranking auf Platz 2 ist, und wir stimmen nicht darüber ab, ob man die Oltner Kultur mit noch mehr Geld oder mit weniger unterstützen soll, wie einige das Gefühl haben, dass man dies jetzt dann machen müsste. Solche Verbindungen, die jetzt überall erwähnt werden, was an dieser Fachstelle Kultur alles schädlich, passieren in den Köpfen der Menschen, die diese Verbindungen sehen, weil dies weder im Gesetzestext steht noch dort, wo wir heute darüber abstimmen. Niemand behauptet, dass wir das Geld nachher anderswo einsparen müssen. Wir können auch Fr. 80'000.— mehr für Kultur ausgeben. Niemand verbietet uns dies. Nur diejenigen, die es nicht wollen, sagen, wir dürfen es nicht machen. Wir stimmen auch nicht darüber ab, ob Schulklassen vergrössert werden sollen, wie gerade behauptet worden ist. Wir haben dieses Geld, und die Kultur sollte es uns eigentlich wert sein. Darüber stimmen wir eigentlich ab. Was ist uns die Kultur wert? Was ist uns das Kulturschaffen, das ein paar Mal erwähnt wurde, wert? Soll dies hauptsächlich in Eigeninitiative passieren? Wenn es überhaupt Geld für Kultur gibt, dann mit einem schlechten Lohn mit Überstunden. Darüber stimmen wir ab. Was ist uns wert, was die Leute tun? Das ist vielleicht etwas das Problem an der Kultur. Auch wenn man kein Geld in die Kultur gibt, passiert Kultur trotzdem. Die Kulturtäterinnen und -täter tun es auch, wenn wir ihnen kein Geld geben. Das ist eine schlechte Lobby, weil sie es gleichwohl tun. Das Problem ist nur für wie lange? Das ist die Frage. Sie können arbeiten und arbeiten und arbeiten und machen und machen und machen, und irgendeinmal sagen sie: Nein. Ich mag nicht mehr. Das ist das Problem. Am Schluss geht es darum. Man kann schon sagen: Olten ist kulturell top. Das finde ich auch. Es gibt unglaublich viele Menschen, die hier arbeiten. Aber die Frage ist, wie lange sie dies noch durchhalten? Olten ist nicht wegen der Stadtpolitik kulturell, sondern ist trotz der Stadtpolitik kulturell. Irgendeinmal muss man so lange so viel arbeiten, dass man gleichwohl aufgibt. Es geht um Hegen und Pflegen. Das ist die Aufgabe dieser Stadt. Was passiert hier? Welche Eigeninitiativen gibt es hier? Diese muss man unterstützen, und eine Fachstelle Kultur würde genau dies machen. Jetzt kann man sagen: Es braucht es momentan noch nicht. Aber das Problem ist, dass es irgendeinmal zu spät ist. Man kann schon sagen: Jetzt geht es noch gut. Aber es gibt halt schon das Pflanzenbild, über das wir vor ungefähr fünf Jahren oder als Pro Kultur angefangen hat, schon darüber geredet haben. Kultur als Pflanze heisst: Sie lebt, und sie lebt und blüht im Moment. Aber das Problem ist, dass man sie giessen muss, und wenn man sie zu spät giesst, bringt es auch nichts mehr. Dann kann man jetzt sagen: Die Kultur ist jetzt

noch gut. Aber vielleicht wird sie es in fünf Jahren nicht mehr so sein. Wir können ja dann über eine Fachstelle reden, wie gesagt, wenn es Olten wieder schlecht geht oder Olten kulturell langweilig ist. Aber eine Fachstelle ist nicht deshalb da, um Neues aufzubauen, sondern um das, was vorhanden ist, zu unterstützen und ihnen auch nicht dreinzureden, sondern ihnen zu helfen, wenn sie Hilfe brauchen. Darum geht es heute. Um alles andere geht es nicht oder wir diskutieren später darüber. Deshalb ist Olten jetzt! viermal dafür.

Anita Huber: Für unsere Fraktion hat die Fachstelle für Kultur nach wie vor die oberste Priorität. Für uns als Grüne sind die Einführung einer Umweltsachstelle und einer Stadtentwicklung immer noch wichtiger. Doch nachdem die Kulturkommission abgeschafft wurde, kann eine Kulturfachstelle einen Teil dieser Lücke füllen. Das Stimmvolk hat an der Urne klar ausgedrückt, dass es genug hat vom Totsparen und dem Abbau öffentlicher Leistungen, der damit verbunden ist. Mit dieser neuen 60-Prozent-Stelle sagt Olten zukunftsorientiert: Ja, wir sind ein Kulturstandort. Ja, wir wollen Olten auch als einen Kulturstandort vermarkten, denn Kulturangebote sind ein Faktor, um Gäste und steuerkräftige Neuzuzüger nach Olten zu locken. Für uns ist allerdings auch klar, dass der Erfolg dieser Kulturfachstelle stark abhängig ist von der Person, die angestellt wird. Wir wollen nicht jemanden, der Konzepte für Schubladen entwirft und Kultur verwaltet. Wir wollen eine Persönlichkeit, die kulturelle Leuchtturmprojekte herausschält, ins richtige Licht rückt, vermarktet und bei Fonds und Stiftungen Geld besorgen kann. Diese Person soll auch Kulturschaffende und Kulturveranstalter beraten, wo sie finanzielle Unterstützung finden können. Es braucht eine Person mit Erfahrung und Netzwerk, die auch eine überregionale Zusammenarbeit von Kulturinstitutionen zustande bringt. Es muss klar sein, dass diese Fachperson nicht von der Kultur, sondern von der Stadt Olten angestellt ist. Die Vision der Grünen ist, in Olten eine bessere Lebensqualität zu erreichen. Dazu gehört auch die Förderung der Kultur. In diesem Sinne unterstützen wir die Volksinitiative. Ich möchte auch gerade noch etwas zum Beschlussesantrag sagen. Auch wir lehnen diesen zusätzlichen Beschlussesantrag, Punkt 2, vehement ab. Die Fachstelle Kultur schafft keine Kultur, sondern sie vernetzt bestehende Kulturangebote. Es macht keinen Sinn, jemanden anzustellen, der unsere tollen Museen nach aussen super vermarktet, wenn gleichzeitig die Museen wegen Leistungsabbau zum Beispiel auf Ausstellungen verzichten oder minimale Öffnungszeiten einführen müssen.

Tobias Oetiker: Anita Huber hat es vorhin schon erwähnt, und ich habe vor allem in den Voten der bürgerlichen Seite wenig über das Potenzial gehört, das Olten mit der Kultur hat. Mindestens wenn ich an irgendeinem Projekt arbeite, finde ich es dann toll, an diesem Projekt zu arbeiten, wenn ich merke: Hier läuft etwas, hier kann ich etwas bewirken, das hat Potenzial. Kultur in Olten hat Potenzial schon zu einem grossen Teil ausgenutzt, es läuft, ist bekannt und es kommen Leute. Aber ich denke, es ist noch mehr drin. Hier kann man mit relativ wenig Geld noch viel mehr herausholen. Das führt dazu, dass Olten in der Schweiz bekannter wird. Es führt dazu, dass allenfalls noch mehr Kultur in Olten entsteht. Es führt dazu, dass vielleicht mehr Leute nach Olten umziehen, weil Olten ein Ort ist, wo man gerne ist und weiss: Hier wohnen ist etwas Tolles. Es geht ja nicht nur um Firmen, die in Olten Steuern zahlen, sondern auch um Menschen, die hier wohnen wollen und deshalb eine attraktive Umgebung brauchen, damit sie hierher wohnen kommen. Deshalb bin ich dafür, dass wir diese Kulturfachstelle in Olten haben.

Daniel Probst: Jetzt staune ich schon etwas. Angefangen bei Daniel Kissling mit dem Votum, was die Kulturfachstelle alles nicht ist. Das war für mich ziemlich interessant. Jetzt habe ich drei Voten gehört, was es alles ist. Da staune ich nur noch. Hier ziehen Leute nach Olten, wenn wir dies jetzt bewilligen. Da hören Kulturschaffende nicht auf, Kunst zu machen, wenn wir diese Stelle bewilligen. Da steigt die Lebensqualität der Stadt. Es geht auch darum, dass man, wenn man hier zustimmt, ja zur Kultur allgemein sagt. Sonst sagt man nein zur Kultur allgemein. Ich glaube, die Kulturfachstelle ist eben auch nicht ja oder nein Kultur. Das muss man ganz klar sagen. Hier geht es um eine Kulturfachstelle, und ich glaube, die Diskussion dürfen wir führen, und dann gibt es unterschiedliche Ansichten. Der Stadtrat sagt: Wir können dies mit dem heutigen Personal machen. Das ist aufgeteilt. Wir haben

Institutionen. Das ist möglich. Wir können dies. Eine andere Meinung sagt vielleicht: Nein, es ist nicht möglich. Man könnte dies vielleicht besser machen, indem man noch zusätzlich eine Stelle schafft. Das ist diese Kulturfachstelle. Aber deswegen ziehen doch nachher nicht Leute nach Olten oder haben plötzlich eine viel höhere Lebensqualität oder die Kultur fällt total zusammen und morgen hören fünf Künstler auf. Geht bitte wieder etwas herunter. Es ist auch gefährlich. Wenn hier jemand anfängt, wenn wir dem heute zustimmen, und 2019 die Stelleninhaberin oder der Stelleninhaber hierherkommt und wir diese Person mit solchen Erwartungshaltungen einstellen, dann «gute Nacht um sechs». Bleibt etwas realistisch. Diskutieren wir bitte: Ist es heute möglich, wie es heute ist? Ist heute alles schlecht gelaufen? Sind deshalb Leute von Olten weggezogen? Oder braucht es jetzt hier unbedingt noch eine zusätzliche Stelle? Ich glaube, das müssen wir diskutieren. Hier sind wir der Meinung, dass der Stadtrat dies richtig erkannt hat, dass er es in den letzten paar Jahren auch bewiesen hat, dass es so geht, wie es heute geht und sehr viel entstehen kann, sehr viele Leute Kunst machen, man Olten geniessen kann, Leute hierherziehen. Es funktioniert alles. Etwas realistisch argumentieren bitte.

Matthias Borner: Kurz ein paar Punkte. Erstens einmal spricht man hier von Fr. 78'000.—. Das tönt eigentlich recht harmlos. Aber ich habe einfach etwas die Befürchtung, dass es, wenn diese Person einmal zu arbeiten beginnt, dann weitere Kosten auslösen wird und es weit höher als Fr. 78'000.— sein wird. Das ist so etwas meine Angst. Zweitens finde ich es auch gerade bei kreativen Sachen gefährlich. Kultur sollte man fördern und nicht verwalten. Drittens möchte ich noch sagen, dass wenn man diesen Beschlussesantrag ablehnt, das Volk das letzte Wort hat. Wenn das Volk das letzte Wort hat und dem auch zustimmt, sollen sie dies auch haben. Dann ist es auch gut so.

Corina Bolliger: Ich möchte noch kurz auf das Argument der blühenden Kulturszene zurückkommen. Das ist einfach kein gültiges Gegenargument zu dieser Initiative, weil die Tatsache, dass Olten eine qualitativ gute Kulturszene hat, daran liegt, dass die Kulturschaffenden einen sehr grossen Einsatz geben und nicht an der Kulturförderung der Stadt. Dies als Gegenargument zu verwenden, ignoriert einfach den grossen ehrenamtlichen Einsatz, die all diese Leute leisten und die Kultur zu dem machen, was heute ist.

Heidi Ehrsam: Ich möchte zuerst einmal festhalten, dass nicht alle, die jetzt gegen die Kulturfachstelle stimmen, gegen Geldgeben an die Kulturschaffenden sind. Mir wäre es ein besonders grosses Anliegen, dass man allen Kulturschaffenden wieder das Geld zur Verfügung stellen könnte, welches vor der Sparrunde drin war. Ich denke hier auch an die Situationsüberprüfung, welche jetzt die Fachhochschule in Chur für unsere Stadtbibliothek macht. Dort ist es ja sehr gut möglich, dass eine gewisse Stelle auch noch geschaffen werden oder wieder mehr Geld hineingegeben werden muss, was ich dann sehr unterstützen würde. Jetzt zur Kulturfachstelle: Ich habe vor ein paar Monaten in der NZZ am Sonntag einen Artikel über Basel gelesen. Basel hat in einer gewissen Zeit drei bis vier Kulturverwaltungsstellen geschaffen. Dieser Artikel hat dann aber auch Auskunft gegeben, welche Auswirkungen dies an der Front, in der Museenlandschaft und in anderen Gebieten hatte. Basel ist sehr enttäuscht, dass es eben sehr wenige, wenn überhaupt Auswirkungen hatte. Ich glaube nach dem Artikel, den ich dort gelesen habe, die Leute, welche die Volksinitiative unterstützen, überschätzen die Auswirkungen einer Kulturfachstelle auf die Kultur schaffenden Stellen wie die Museen, Freischaffende und das Kulturleben hier in Olten mutmasslich massiv. Nachdem ich diesen Artikel gelesen habe, war für mich eigentlich klar, dass im Moment die Kulturfachstelle in Olten nicht noch einmal geschaffen werden soll, sondern dass man macht, was der Stadtrat sagt, wie sie dies verwalten, und wir dies, wenn wir dann finanziell wirklich wieder viel besser dastehen, vielleicht noch einmal angehen. Aber im Moment glaube ich, dass die Wirkung nach unten einfach zu klein ist. Deshalb stimme ich dagegen.

Felix Wettstein: Ich möchte noch einmal auf etwas zu sprechen kommen, was Florian Eberhard ganz am Anfang als Vertreter der Fraktion gesagt hat. In Eurer Fraktion sind offenbar nicht alle der Meinung, dass man jetzt zustimmen müsse. Ich möchte mich an

diejenigen richten, die vielleicht noch zweifeln. Wir können hier zählen. Es ist noch überschaubarer als bis vor einem halben Jahr. Wenn wir es heute ablehnen, schaffen wir eine Diskrepanz zum Entscheid vom September. Das ist das Eine. Das Andere ist, was angesprochen wurde: Wir lösen aus, dass es eine Volksabstimmung für einen wiederkehrenden Beitrag in der Grössenordnung von Fr. 78'000.— braucht. Das ist viel tiefer als die Schwelle, über dieser es dem Volk vorgelegt werden müsste. Klar, man hat dann, wenn man so will, auch ein fakultatives Referendum. Einfach wegen der Dimensionen, die wir auslösen. Die Kosten, die eine Volksabstimmung verursacht, würde diese Person etwa ein halbes Jahr lang arbeiten lassen. Einfach so nüchtern betrachtet. Aber auch das ist klar. Es ist nicht das Argument. Man kann schon sagen: Ja, das Volk soll das letzte Wort haben. Wir sind als Parlament Vertreterinnen und Vertreter des Volks, damit wir zu Sachen, die Dimensionen dieser Grössenordnung haben, wirklich stellvertretend auch Farbe bekennen. Wir sind im Erklärungsnotstand, wenn wir heute Abend eine andere Farbe als vor zwei Monaten bekennen. Das möchte ich einfach noch zu bedenken geben. Inhaltlich scheint mir Folgendes wichtig: Der Vergleich mit Basel ist sicher ein schwieriger. Ich denke, es ist nützlich – wir hatten es in den Unterlagen im September – zum Beispiel nach Lenzburg zu schauen oder nach Wohlen zu schauen oder nach Burgdorf zu schauen. Das sind Städte, die kleiner sind als wir, die aber auch eine gewisse regionale Zentrumsfunktion haben und eben zum Schluss kommen: Eine solche Fachstelle ist alles andere als fehl am Platz. Es ist tatsächlich eine berechtigte Art, dass das, was kulturell läuft, auch, wie es Florian ebenfalls gesagt hat, in der städtischen Struktur ein Abbild findet. Das bewirkt unter anderem eben auch eine Chance auf eine Beachtung über die eigene Region hinaus. Das sagenhafte Kulturangebot, das wir heute in Olten haben, ist verrückterweise ausserhalb der kleineren Region Olten nicht bekannt. Mehr noch: Die Leute, die in Olten zwar nicht wohnen, aber hier arbeiten, und wir haben mehr Zupendlerinnen und Zupendler als Wegpendler in Olten – das sei wieder einmal gesagt – die Leute, die nicht hier wohnen, wissen praktisch nichts davon. Das wäre jetzt zum Beispiel etwas. Im Stellenprofil ist die Vernetzungs- und Öffentlichkeitsarbeit enthalten, wie Ihr gesehen habt. Eine solche Vernetzungsarbeit wäre beispielsweise innerhalb der Kleinstädte des Mittellands eine ganz entscheidende Funktion. Wenn andere Städte Olten anschauen, haben sie heute keinen Ansprechpartner. Kein Wunder wissen sie nicht von dem, was bei uns alles Spannendes läuft. Das ist ganz klar ein grosser Gewinn. In unserer Stadt hängen zum Beispiel viele Plakate von dem, was in der Stadt Solothurn an Kulturellem aktiv läuft. Wir werden hier informiert. In Solothurn habe ich noch nie etwas gesehen, was in Olten läuft. Das wären lauter Chancen, die wir uns verbauen, wenn wir tatsächlich sagen, es gehe auch ohne diese Kulturfachstelle.

Heidi Ehrsam: Ich möchte Felix nur sagen, dass es vielleicht schon leicht vermessen ist zu sagen, das Kulturleben von Olten sei nicht bekannt. An den Kulturveranstaltungen, an denen ich bin, habe ich schon Leute von sehr weit her angetroffen. Zum Beispiel im Kunstmuseum. Da sind sie sogar noch aus England, Zürich und von weiss ich nicht woher gekommen. Im Stadttheater ist es ganz breit. Wir wissen ja, wer Oltner ist und wer nicht, wenn man hier einmal etwa 60 Jahre gelebt hat. Da muss ich sagen: Unser Kulturleben – ich sage nicht die kleinste Nische – ist weit, weit über Olten hinaus bekannt. Klar könnte eine Kulturfachstelle dies vielleicht noch etwas erweitern. Ich sage auch nicht, eine Kulturfachstelle sei obsolet oder es brauche sie gar nicht. Ich sage einfach, dass ich glaube, dass es im jetzigen Moment Dringenderes gäbe, und man muss die Funktion und Wirkung einer Kulturfachstelle einfach nicht überbewerten. Letztlich sind immer noch diejenigen an der Front mit ihrer Werbung, mit ihrer Ausstrahlung jene, welche die grösste Wirkung haben und nicht die Verwaltungsstellen.

Monique Rudolf von Rohr: Ich wollte eigentlich in die gleiche Kerbe wie Heidi schlagen. Wenn man sagt, die Oltner Bewohner wissen nicht, was läuft: Olten hat ein kulturelles Angebot, das international ausstrahlt. Wenn man nur schon die Tanztage anschaut, die Kabaretttage, die weit im ganzen deutschsprachigen Raum bekannt sind, Theater, Stadttheater, das Weltklasse nach Olten holt. Ich habe nicht das Gefühl, dass man dies in Olten nicht weiss.

Dr. Arnold Uebelhart: Man muss etwas die Gedanken ordnen. Zuerst danke ich einmal dem Stadtrat für das Papier. Das Papier, das er uns heute gibt und zur Ablehnung empfiehlt, spricht eigentlich für diese Stelle. Das muss man sagen. Der Stadtrat selber spricht eigentlich für diese Stelle. Das Einzige, weshalb er ablehnt, ist die Priorität und die Finanzen. Das ist eigentlich das Einzige, das bis jetzt dagegenspricht. Es ist etwas wie in der Medizin. Leute, die jeweils sagen, was man eigentlich so machen müsste, die ein wenig ausserhalb sind. Dann habe ich immer das Gefühl, das trifft nicht mich. Wenn uns Herr Kissling, der wirklich drin ist, sagt, die Kontinuität sei ihm wichtig, die Hilfe ist ihm wichtig, dann ist dies doch einfach ein wichtiges Argument. Daniel Probst, Daniel Kissling hat eigentlich nicht gesagt, was die Kulturstelle nicht soll. Er hat eigentlich nur gesagt, worüber wir jetzt nicht abstimmen, nicht über grössere Klassen, sondern worum es ihm geht. Er hat dies eigentlich ausgeklammert und hat um das Anliegen gekämpft. Dann sind wir bei Punkt 3, immerhin Kultur, Sport, Freizeit und Kirche. Dort geht es um Kosten von 10 Millionen. Dies unter die Kultur zu stellen, ist eigentlich eine enorme Querschnittsaufgabe. Du hast ja auch gefürchtet – jetzt weiss ich den Namen gerade nicht, obwohl Du Präsident warst – dass die Kulturstelle zu viel macht, sie habe zu viele Aktivitäten. Du hast Dich fast vor der Produktivität gefürchtet. Es sagt niemand, dass sie den Impressionismus erfinden müssen. Das ist schon klar. Aber es geht darum, dass es kontinuierlich ist. Es ist eine Querschnittfunktion. Vielleicht macht die Kulturstelle einmal aus dem EHCO ein Weltkulturerbe oder stellt den Antrag. Ich weiss es ja nicht. Ich finde diese Stelle sehr wichtig. Wenn dies Herr Kissling, der wirklich in der Szene drin ist, sagt, und ich meine, er erzählt dies ja nicht einfach aus dem hohlen Bauch, finde ich, dass man diesem Sachverstand zustimmen muss.

Laura Schöni: Ich möchte noch kurz auf das Votum von Monique zurückkommen. Es geht nicht nur um die grossen Player wie ein Stadttheater, einen Konzertsaal, wie die Tanztage oder die Kabaretttage. Es hat massenhaft Leute in dieser Stadt, die kleine Sachen organisieren, die enorm viel Zeit und Kraft investieren, die vielleicht nicht wahnsinnig gross nach aussen getragen werden. Aber genau sie könnte man unterstützen und ihnen unter die Arme greifen. Genau sie sind darauf angewiesen, dass sie eine Anlaufstelle haben. Jemand, der ihnen sagt, an diesem und jenen Ort musst Du ein Gesuch einreichen. Ah, wir haben hier vielleicht noch eine Liste. Du könntest diese und jene Stiftungen um Unterstützung anfragen. Es geht auch darum, die Kleinen zu unterstützen. Genau dies macht es aus. Manchmal habe ich das Gefühl, wenn ich mich hier in diesem Raum so herumhöre, seid Ihr eigentlich auch unterwegs? Es sind nicht wirklich nur die grossen Sachen, die in der Stadt laufen. Es hat so viel kleines Zeug und so viel Einzelinitiative. Man spricht immer von diesem Kunstmuseum und vom Stadttheater und den grossen Sachen. Schaut einmal noch etwas unter die Oberfläche! Schaut, was vorhanden ist! Genau diese Leute werden mit einer solchen Kulturfachstelle auch unterstützt.

Daniel Kissling: Ich möchte zuerst Noldi für die netten Worte danken. Aber ich möchte dort auch noch gleich anhängen. Einige haben es auch schon erwähnt, und das darf man auch sein. Natürlich gibt es Kulturschaffende oder Protagonisten in der Kulturszene, die einer Fachstelle Kultur auch kritisch gegenübergestellt sind. Das ist ihr gutes Recht. Ich habe aber einfach auch das Gefühl, dass dies oft damit zu tun hat, dass man, nicht, weil man das Gefühl hat, diese Stelle an sich wäre nicht gut, sondern weil man ein gebranntes Kind ist. Dann sagt man: Komm, wir machen es lieber ohne die Stadt. Das letzte Mal, als wir dies gemacht haben, ist es nicht so gut gelaufen. Das liegt daran, dass eben in der Kulturszene in Olten doch nicht ganz alles supertoll ist. Sie ist supertoll. Aber wenn es um die Arbeit geht, gibt es Kulturveranstalter oder Kulturtäterinnen und –täter, die eine Leistungsvereinbarung mit der Stadt haben, die aber Ende Jahr auslaufen wird, und es noch keine neue in Sicht ist. Was nächstes Jahr passieren wird, weiss niemand. Gerade die Tanztage haben beispielsweise gefragt, ob sie etwas mehr Geld haben dürfen, weil der Kanton ganz, ganz viel Geld für ein Projekt geben möchte. Da hiess es: Ja, einige Leute haben genug von Dir. Es würden nicht mehr so viele kommen. Solche Sachen passieren in dieser Stadt auch. In einer Klein-Stadt menschelt es immer. Das ist klar. Man kann nicht alles unterstützen. Das ist klar. Genau deshalb wollen wir eine Fachstelle Kultur, weil sie eben genau dort Abhilfe schaffen könnte, da sie solche Details, Zerwürfnisse vielleicht etwas früher abknicken oder

auch besser erklären könnte, weshalb es jetzt gerade nicht geht oder es gerade nicht prioritär ist. Dort liegt auch etwas die Skepsis dieser Leute, wenn man jetzt eine städtische Stelle schafft, weil man einfach ein paar Mal erlebt hat, dass, wenn man mit der Stadt zusammenarbeiten muss, dies nicht immer ganz gut herausgekommen ist. Das ist vielleicht auch ein Grund, den ich erwähnen möchte. Aber man muss dann auch wieder sagen, man kann eine Fachstelle Kultur auch optimistisch sehen und sagen: Sie können es ja jetzt besser machen.

Monique Rudolf von Rohr: Ich möchte nur noch kurz Laura entgegenen. Natürlich hat sie recht. Es hat nicht nur grosse Player in der Stadt. Das ist mir bekannt. Wir sind unterwegs, und es hat sehr viele kleine Kulturschaffende, die im kleinen Bereich arbeiten, die dies wirklich auch verdienen. Dort war unsere Idee einfach, dass man ihnen wenigstens schon einmal organisatorisch hilft, damit dieser Teil einfach einmal abgedeckt wäre und sie dafür sonst etwas Luft hätten, um kreativ tätig zu sein, wie auch Du gesprochen hast.

Parlamentspräsident Dr. Rudolf Moor: Ich habe den Eindruck, die wichtigen Argumente sind so langsam eingebracht worden. Möchte noch jemand dringend etwas sagen?

Simone Sager: Ich hatte schon, als wir vor ein paar Wochen über die Volksmotion abgestimmt haben, etwas den Eindruck, dass es auch bei dieser Stelle darum geht, Werbung zu machen. Es ist heute wieder als Argument angeführt worden. Als wir über die Volksmotion abgestimmt haben, ist es als Argument angeführt worden. Dass man die kleinen Anlässe fördern kann, dass man dies besser hinaustragen können soll, das verstehe ich. Aber es ist ja nicht so, dass man bei der Stadt keine Anlaufstelle hat. Man hat mehrere. Ja, das mag mühsam sein. Aber bei den Finanzen, die hier im Moment im Raum stehen, heisst es: Wir können es uns im Moment einfach nicht leisten, dass wir eine Anlaufstelle haben, die in diesem Sinne halt auch Werbung macht. Wenn die kleinen Kulturschaffenden das Gefühl haben, ihr Anlass werde zu wenig beachtet, dann denke ich, dass es nicht Aufgabe einer Kulturfachstelle ist, diese Sachen zu bewerben, sondern dann sollen diese Personen dies tun. Daniel Kissling, Du hast ziemlich am Anfang auch gesagt, da sei viel Freiwilligenarbeit dahinter. Hier hätten viele Leute irgendeinmal die Schnauze voll. Ja, das glaube ich. Aber das ist ja nicht nur in der Kultur so. Es ist bei allen Anlässen, die in dieser Stadt stattfinden, Freiwilligenarbeit mit dabei. Klar, ich komme jetzt von der Seite Sport. Aber wenn ich denke, wenn wir von unserem Verein ein Finale Four in einer Stadthalle durchführen, haben wir alles Freiwillige. Wir arbeiten fast 24 Stunden. Wir pushen. Wir fragen an etc. Das machen wir auch alle freiwillig. Aber wir machen es freiwillig, weil wir sagen: Wir machen etwas für unseren Verein respektive unseren Sport, dann für unsere Stadt und geben dies nachher nach aussen. Ich sage nicht, dass es diese Stelle nicht braucht. Ich sage einfach jetzt nicht. Wir haben effektiv wichtige Ausgaben, wo wir dieses Geld einsparen können. Wenn wir es jetzt ablehnen und das Volk es nachher auch ablehnt, heisst dies ja nicht, dass es auf Ewigkeiten abgesägt ist. Aber wir können im Moment effektiv nicht den Fünfer und das Weggli haben. Wenn es wirklich Leute hat, die sagen, es ist zu wenig Werbung vorhanden, dann Heimatland – sorry für den Ausdruck – klemmt Euch in den Arsch und macht diese Werbung selber. Wir haben so viele Möglichkeiten von Plattformen. So viele. Dafür müssen wir jetzt nicht eine Kulturfachstelle ins Leben rufen, die in diesem Sinne ja bei der Stadt organisiert ist. Es ist ja nix nada da. Das begreife ich nicht, dass man jetzt etwas schaffen will, wo etwas vorhanden ist. Vielleicht nicht perfekt, aber es ist etwas da. Wir brauchen das Geld im Moment für Anderes, und nicht jemand, der vor allem für Werbung etc. pusht.

Felix Wettstein: Ich möchte noch etwas berichtigen. Schon Doris Känzig hat vorhin von einer Volksmotion gesprochen, Simone Sager jetzt wieder. Wir haben eine Volksinitiative auf dem Tisch, die zur Abstimmung bei der Stimmbevölkerung kommt, es sei denn, wir sagen heute: Jawohl, wir geben ihr statt.

Heinz Eng: Ich bin ja durchaus offen für eine Fachstelle Kultur und habe dies auch angeschaut. Skeptisch bin ich einfach, wenn ich das Stellenprofil anschau. Wenn man dies einmal etwas durchliest, muss ich aus betriebswirtschaftlichen Gründen sagen, aber auch in

der Privatwirtschaft würde man eine Stelle so sehr wahrscheinlich gar nicht annehmen. Das geflügelte Wort ist hier: AVK, Aufgaben, Verantwortung, Kompetenzen. Wenn man jetzt dieses Stellenprofil anschaut, hat sie Aufgaben. Sie hat auch eine gewisse Verantwortung. Aber sie hat eigentlich null Kompetenzen, weil dort wieder die vorgesetzte Stelle ist. So wie sich dies präsentiert, gibt es hier etwas einen Papiertiger respektive einen Durchlauferhitzer. Genau das, was Du, Laura, gesagt hast, unterstütze ich hundertprozentig. Aber die Kulturfachstelle hat null Kompetenzen. Sie kann all diesen unterstützenswerten Elementen oder Personen, die Du vorhin erwähnt hast, keinen Franken zuordnen, ohne dass dies in die Mühle des Hin und Her usw. geht. So gesehen bin ich skeptisch gegen ein solches Stellenprofil respektive auch gegen eine solche Stelle, die so ausgeschrieben wird. Leider.

Tobias Oetiker: Heinz, könntest Du in diesem Fall einen Antrag machen, wie man dies verbessern könnte?

Muriel Jeisy: Ich möchte auch noch eine kleine Anmerkung zum Thema menseheln anbringen, das hier schon vorgebracht wurde. Ich bin eigentlich auch ein optimistisch denkender Mensch. Aber ich denke, es ist fast unmöglich, die Kulturfachstelle mit jemandem besetzen zu können, wo es vielleicht nicht mensehelt und es dem hintersten und letzten Kulturschaffenden hier in Olten wird recht machen und alle Wünsche erfüllen können.

Parlamentspräsident Dr. Rudolf Moor: Ich glaube, es hat sich wirklich so langsam erschöpft. Wir kommen zur Abstimmung. Die FdP hatte noch einen Antrag angekündigt, ihn aber heute nicht gestellt. Er ist noch aktuell. Wir stimmen folgendermassen ab: Zuerst über Artikel 1 und zwar nicht so, wie es üblich ist, über den Antrag des Stadtrates, weil es eben kein Antrag des Stadtrates ist. Der Stadtrat will das Gegenteil. Wir stimmen zuerst über den Antrag im Wortlaut, wie er hier steht, ab. Ich sage dies einfach, damit Ihr nicht falsch abstimmt.

Beschluss

Mit 18 : 16 Stimmen bei 4 Enthaltungen wird der Antrag zur Schaffung einer Fachstelle Kultur abgelehnt.

Urs Knapp: Die FdP zieht ihren Antrag zurück.

Mitteilung an
Direktion Präsidium/Markus Dietler
Direktion Finanzen und Informatik/Urs Tanner
Personaldienst

Verteilt am

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 14. Dezember 2017

Prot.-Nr. 43

Reglement über die Anwohnerbevorzugung in Blauen Zonen (SRO 215), Reglement über das Verkehrs- und Parkierungsregime Altstadt/Innenstadt (SRO 215.1), Reglement über das Bestattungs- und Friedhofswesen der Einwohnergemeinde der Stadt Olten (SRO 218), Feuerwehrreglement der Einwohnergemeinde der Stadt Olten (SRO 221) und Benützungsordnung für die Stadhalle Kleinholz (SRO 323)/Teilrevisionen

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Stadtrat von Olten unterbreitet Ihnen folgende Vorlage:

Per 1. August 2017 wurde die Direktion Öffentliche Sicherheit aufgelöst und wurden die verbliebenen Abteilungen nach Abtretung der Stadtpolizei an die Polizei Kanton Solothurn auf die Direktionen Präsidium und Finanzen und Dienste aufgeteilt. Entsprechend ist eine Reihe von Reglementen anzupassen; dabei wurde auch nach Möglichkeit auf eine Vereinfachung der Strukturen und auf «veränderungsneutralere» Formulierungen geachtet:

- Reglement über die Anwohnerbevorzugung in Blauen Zonen (SRO 215):

alt	neu
Art. 7 Änderung der Voraussetzungen Änderungen der auf der Bewilligung vermerkten Tatsachen sind innert 14 Tagen der Stadtpolizei zu melden.	Art. 7 Änderung der Voraussetzungen Änderungen der auf der Bewilligung vermerkten Tatsachen sind innert 14 Tagen der Abteilung Ordnung und Sicherheit zu melden.
Art. 9 Verfahren (...) ² Die Parkierungsbewilligungen werden von der Stadtpolizei ausgestellt. Über die Verweigerung oder den Entzug einer Parkierungsbewilligung entscheidet die Direktion Öffentliche Sicherheit. Gegen deren Verfügungen steht im Sinne von Art. 50 der Gemeindeordnung die Beschwerde an den Stadtrat offen.	Art. 9 Verfahren (...) ² Die Parkierungsbewilligungen werden von der Abteilung Ordnung und Sicherheit ausgestellt. Über die Verweigerung oder den Entzug einer Parkierungsbewilligung entscheidet die zuständige Direktion . Gegen deren Verfügungen steht im Sinne von Art. 50 der Gemeindeordnung die Beschwerde an den Stadtrat offen.

- Reglement über das Verkehrs- und Parkierungsregime Altstadt/Innenstadt (SRO 215.1):

alt	neu
<p>Art. 11 Änderung der Voraussetzungen</p> <p>Änderungen der auf der Bewilligung vermerkten Tatsachen sind innert 14 Tagen der Stadtpolizei zu melden.</p>	<p>Art. 11 Änderung der Voraussetzungen</p> <p>Änderungen der auf der Bewilligung vermerkten Tatsachen sind innert 14 Tagen der Abteilung Ordnung und Sicherheit zu melden.</p>
<p>Art. 13 Verfahren und Rechtsschutz</p> <p>¹ Einfahrts- und Parkierungsbewilligungen werden von der Stadtpolizei erteilt oder entzogen. ² Über die Verweigerung oder den Entzug einer Einfahrts- oder Parkierungsbewilligung entscheidet die Direktion Öffentliche Sicherheit. (...)</p>	<p>Art. 13 Verfahren und Rechtsschutz</p> <p>¹ Einfahrts- und Parkierungsbewilligungen werden von der Abteilung Ordnung und Sicherheit erteilt oder entzogen. ² Über die Verweigerung oder den Entzug einer Einfahrts- oder Parkierungsbewilligung entscheidet die zuständige Direktion. (...)</p>

- Reglement über das Bestattungs- und Friedhofswesen der Einwohnergemeinde der Stadt Olten (SRO 218):

alt	neu
<p>Art. 2 Zuständigkeit</p> <p>¹ Der Direktion Öffentliche Sicherheit (Bestattungsamt) obliegt, in Absprache insbesondere mit den Angehörigen, den zuständigen Pfarrämtern sowie den Institutionen anderer Religionsgemeinschaften (...)</p>	<p>Art. 2 Zuständigkeit</p> <p>¹ Dem Bestattungsamt obliegt, in Absprache insbesondere mit den Angehörigen, den zuständigen Pfarrämtern sowie den Institutionen anderer Religionsgemeinschaften (...)</p>
<p>Art. 5 Termin der Bestattung/Abdankung</p> <p>(...)</p> <p>³ An Samstagen, Sonn- und Feiertagen werden keine Bestattungen und Abdankungen vorgenommen. In begründeten Fällen kann die Direktion Öffentliche Sicherheit an Samstagen eine Ausnahmegewilligung erteilen. (...)</p>	<p>Art. 5 Termin der Bestattung/Abdankung</p> <p>(...)</p> <p>³ An Samstagen, Sonn- und Feiertagen werden keine Bestattungen und Abdankungen vorgenommen. In begründeten Fällen kann das Bestattungsamt an Samstagen eine Ausnahmegewilligung erteilen. (...)</p>
<p>Art. 12 Grabstätten</p> <p>(...)</p> <p>⁶ Die Exhumierung Erdbestatteter vor Ablauf der Mindestgrabruhe von 20 Jahren bedarf der Bewilligung der Direktion Öffentliche Sicherheit.</p>	<p>Art. 12 Grabstätten</p> <p>(...)</p> <p>⁶ Die Exhumierung Erdbestatteter vor Ablauf der Mindestgrabruhe von 20 Jahren bedarf der Bewilligung der zuständigen Direktion.</p>
<p>Art. 18 Widerhandlungen</p> <p>Übertretungen von Vorschriften dieses Reglements werden durch die Direktion Öffentliche Sicherheit mit einer Busse im Rahmen der friedensrichterlichen Kompetenzen bestraft. Vorbehalten bleiben die Strafbestimmungen des kantonalen und eidgenössischen Rechts.</p>	<p>Art. 18 Widerhandlungen</p> <p>Übertretungen von Vorschriften dieses Reglements werden durch die zuständige Direktion mit einer Busse im Rahmen der friedensrichterlichen Kompetenzen bestraft. Vorbehalten bleiben die Strafbestimmungen des kantonalen und eidgenössischen Rechts.</p>
<p>Art. 19 Rechtsmittel</p> <p>Über Streitigkeiten aus diesem Reglement entscheidet die Direktion Öffentliche Sicherheit. (...)</p>	<p>Art. 19 Rechtsmittel</p> <p>Über Streitigkeiten aus diesem Reglement entscheidet die zuständige Direktion. (...)</p>

- Feuerwehrreglement der Einwohnergemeinde der Stadt Olten (SRO 221):

alt	neu
<p>Art. 10 Aushebung</p> <p>¹ Die für den Feuerwehrdienst erforderliche Anzahl Angehörige der Feuerwehr wird von der Direktion Öffentliche Sicherheit ausgehoben. (...)</p>	<p>streichen! (von der SGV geregelt)</p>
<p>Art. 11 Entlassung</p> <p>Gesuche um vorzeitige Entlassung oder Umteilung sind bis spätestens 31. Oktober des laufenden Jahres der Direktion Öffentliche Sicherheit schriftlich einzureichen. (...) Der Direktion Öffentliche Sicherheit steht in Zweifelsfällen das Recht zu, einen Vertrauensarzt oder eine Vertrauensärztin beizuziehen.</p>	<p>Art. 11 Entlassung</p> <p>Gesuche um vorzeitige Entlassung oder Umteilung sind bis spätestens 31. Oktober des laufenden Jahres dem Kommandanten bzw. der Kommandantin schriftlich einzureichen. (...) Dem Kommando-Stab steht in Zweifelsfällen das Recht zu, einen Vertrauensarzt oder eine Vertrauensärztin beizuziehen.</p>
<p>Art. 15 Organe</p> <p>Gemeindeparlament Stadtrat Direktion Öffentliche Sicherheit Kommission Öffentliche Sicherheit Kommando-Stab</p>	<p>streichen! (überflüssig)</p>
<p>Art. 16 Kommission Öffentliche Sicherheit</p> <p>¹ Die Kommission Öffentliche Sicherheit setzt sich aus 9 Mitgliedern zusammen und nimmt ihre Aufgaben gemäss Gemeindeordnung wahr. ² Der Feuerwehrkommandant oder die Feuerwehrkommandantin nimmt als Beisitzer oder Beisitzerin an allen Sitzungen teil.</p>	<p>streichen! (Kommission aufgehoben)</p>
<p>Art. 18 Aufsicht</p> <p>Das Feuerwehrwesen steht unter der Aufsicht des Stadtrates, welcher die notwendigen Vollzugsbestimmungen zu diesem Reglement erlässt. Er überträgt die Leitung der Feuerwehr der Direktion Öffentliche Sicherheit.</p>	<p>streichen! (in GeschO SR geregelt)</p>
<p>Art. 22 Ernennung und Beförderung</p> <p>Für die Ernennung und Beförderung von Gefreiten und Unteroffizieren ist, auf Vorschlag des Kommando-Stabes, die Kommission Öffentliche Sicherheit zuständig. Die Anmeldung von Unteroffizieren für den amtlichen Offizierskurs, die Beförderung von Offizieren und die Wahl von Offizierschargierten ist Sache der Direktion, auf Vorschlag des Kommando-Stabes.</p>	<p>Art. 22 Ernennung und Beförderung</p> <p>Für die Ernennung und Beförderung von Gefreiten und Unteroffizieren ist auf Vorschlag des Kommandos der Kommando-Stab zuständig, für die Anmeldung von Unteroffizieren für den amtlichen Offizierskurs, die Beförderung von Offizieren und die Wahl von Offizierschargierten auf Vorschlag des Kommando-Stabes die zuständige Direktion.</p>
<p>Art. 24 Haltung des Telefons</p> <p>Die Verpflichtung für die Haltung des Telefons und die entsprechenden Entschädigungen werden auf Antrag der Direktion Öffentliche Sicherheit durch den Stadtrat festgelegt.</p>	<p>Art. 24 Haltung des Telefons</p> <p>Die Verpflichtung für die Haltung des Telefons und die entsprechenden Entschädigungen werden auf Antrag der zuständigen Direktion durch den Stadtrat festgelegt.</p>
<p>Art. 25 Direktion Öffentliche Sicherheit</p> <p>¹ Der Direktion Öffentliche Sicherheit wird die Organisation und Überwachung des gesamten technischen und administrativen Dienstbetriebes</p>	<p>streichen! (in GeschO SR geregelt)</p>

<p>übertragen. ² Pflichten und Kompetenzen sind gemäss Organisationsreglement der Direktion Öffentliche Sicherheit, unter Vorbehalt der Bestimmungen des Gebäudeversicherungsgesetzes, geregelt.</p>	
<p>Art. 38 Jahresbericht</p> <p>Der Feuerwehrkommandant oder die Feuerwehrkommandantin hat auf Jahresende der Direktion Öffentliche Sicherheit und dem Feuerwehrinspektorat den Jahresbericht einzureichen.</p>	<p>Art. 38 Jahresbericht</p> <p>Das Kommando hat auf Jahresende der zuständigen Direktion den Jahresbericht einzureichen.</p>
<p>Art. 55 Verstösse</p> <p>Verstösse gegen die Disziplin, gegen die in diesem Reglement enthaltenen Verpflichtungen und unentschuldigte Nichtbefolgung von Aufgebotsen zur Einteilung zu Übungen und Hilfeleistungen aller Art werden auf Antrag der Direktion Öffentliche Sicherheit durch den Friedensrichter oder die Friedensrichterin bestraft.</p>	<p>Art. 55 Verstösse</p> <p>Verstösse gegen die Disziplin, gegen die in diesem Reglement enthaltenen Verpflichtungen und unentschuldigte Nichtbefolgung von Aufgebotsen zur Einteilung zu Übungen und Hilfeleistungen aller Art werden auf Antrag des Kommando-Stabs durch den Friedensrichter oder die Friedensrichterin bestraft.</p>
<p>Art. 56 Entschuldigungen</p> <p>(...)</p> <p>Die Direktion Öffentliche Sicherheit kann zur Begründung der Absenz ein ärztliches Zeugnis oder eine vertrauensärztliche Untersuchung verlangen.</p> <p>(...)</p>	<p>Art. 56 Entschuldigungen</p> <p>(...)</p> <p>Der Kommando-Stab kann zur Begründung der Absenz ein ärztliches Zeugnis oder eine vertrauensärztliche Untersuchung verlangen.</p> <p>(...)</p>
<p>Art. 58 Widersetzlichkeit von Zivilpersonen</p> <p>Widersetzlichkeit von Zivilpersonen gegen Anordnungen der zuständigen Feuerwehrorgane wird auf Antrag der Direktion Öffentliche Sicherheit vom Friedensrichter oder der Friedensrichterin bestraft.</p>	<p>Art. 58 Widersetzlichkeit von Zivilpersonen</p> <p>Widersetzlichkeit von Zivilpersonen gegen Anordnungen der zuständigen Feuerwehrorgane wird auf Antrag des Kommando-Stabs vom Friedensrichter oder der Friedensrichterin bestraft.</p>
<p>Art. 60 Beschwerdeverfahren</p> <p>Gegen Entscheide des Kommando-Stabes kann der oder die Betroffene an die Direktion Öffentliche Sicherheit und gegen solche der Direktion Öffentliche Sicherheit beim Stadtrat und solche des Stadtrates beim Regierungsrat Beschwerde führen.</p>	<p>Art. 60 Beschwerdeverfahren</p> <p>Gegen Entscheide des Kommando-Stabes kann der oder die Betroffene an die zuständige Direktion, gegen solche der Direktion beim Stadtrat und gegen solche des Stadtrates beim zuständigen kantonalen Departement Beschwerde führen.</p>

- Benützungsordnung für die Stadthalle Kleinholz (SRO 323):

alt	neu
<p>Art. 15</p> <p>Veranstalter und Veranstalterinnen von Anlässen mit Publikumsbesuch werden zum Abschluss einer Haftpflichtversicherung verpflichtet. Zudem haben sie einen Parkordnungsdienst, in Absprache mit der Stadtpolizei, zu organisieren.</p>	<p>Art. 15</p> <p>Veranstalter und Veranstalterinnen von Anlässen mit Publikumsbesuch werden zum Abschluss einer Haftpflichtversicherung verpflichtet. Zudem haben sie einen Parkordnungsdienst, in Absprache mit der Abteilung Ordnung und Sicherheit, zu organisieren.</p>

Das Taxireglement der Stadt Olten (SRO 214) und die Marktordnung der Stadt Olten (SRO 217) werden mit separaten Vorlagen revidiert.

Beschlussesantrag:

I.

1. Den Teilrevisionen des Reglements über die Anwohnerbevorzugung in Blauen Zonen (SRO 215, Art. 7 und 9), des Reglements über das Verkehrs- und Parkierungsregime Altstadt/Innenstadt (SRO 215.1, Art. 11 und 13), des Reglements über das Bestattungs- und Friedhofswesen der Einwohnergemeinde der Stadt Olten (SRO 218, Art. 2, 5, 12, 18 und 19), des Feuerwehreglements der Einwohnergemeinde der Stadt Olten (SRO 221, Art. 10, 11, 15, 16, 18, 22, 24, 25, 38, 55, 56, 58 und 60) und der Benützungsordnung für die Stadthalle Kleinholz (SRO 323, Art 15) wird zugestimmt.
2. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

II.

Ziff. I.1. dieses Beschlusses untersteht dem fakultativen Referendum.

- - - - -

Der vorliegende Bericht und Antrag wurde den Parlamentsmitgliedern zusammen mit dem Zustimmungsantrag der Geschäftsprüfungskommission zugestellt.

Beschluss

Einstimmig wird Eintreten beschlossen.

Dr. Christine von Arx: Auch dieses Geschäft gab in der GPK nicht wahnsinnig viel zu reden. Der Stadtrat hat wegen der Auflösung der Direktion Öffentliche Sicherheit einmal die Reglemente und die Verordnungen in diesem Bereich überprüft und an die neuen Gegebenheiten angepasst. Die GPK unterstützt dieses Vorgehen. Aufgefallen ist uns aber, dass nicht alle Reglemente überprüft wurden, ob sie noch mit der Gemeindeordnung vereinbar sind, sondern eben nur dieser Detailbereich, das heisst, ob Anpassungen nötig sind, weil Kommissionen weggefallen sind. Der Stadtrat hat nämlich parallel dazu, dass er diese Vorlage jetzt hier ins Parlament gibt, bei seinen Verordnungen und Richtlinien in seiner Kompetenz dort Anpassungen vorgenommen, aber dies auch nicht flächendeckend, was wir eigentlich als wünschenswert betrachten würden. Unter dem Strich kann man sagen, dass

wir das Vorgehen des Stadtrates so in Ordnung und sinnvoll finden, hoffen aber, dass, was noch fehlt, nachgeholt wird und es je nachdem noch ein weiteres Geschäft gibt. Inhaltlich sind die Änderungen, die hier vorgeschlagen sind, nachvollziehbar, und sie sind vor allem häufig rein sprachlicher Natur. Es hat zwei Bereiche, wo es zu einer Kompetenzverschiebung gekommen ist. Neu soll das Bestattungsamt und nicht mehr die Direktion für Bewilligungen für Beerdigungen am Samstag zuständig sein, und im Bereich der Feuerwehr erhält der Kommandant bzw. der Kommandostab mehr Kompetenzen im Bereich von Entlassung, Beförderung und Disziplinarwesen. Beide Kompetenzverschiebungen nach unten sind sinnvoll. Die Entscheide sollen dort gefällt werden, wo sie anfallen und das Fachwissen vorhanden ist. Der Rechtsmittelweg wird für die Betroffenen nicht geschmälert. Wir beantragen eine Zustimmung zu diesem Antrag des Stadtrates.

Dr. Christoph Fink, CVP/EVP/GLP: Ich kann es kurz machen. Unsere Fraktion stimmt dieser Vorlage einstimmig zu.

Michael Neuenschwander, Fraktion Grüne: Wir haben auch festgestellt, dass wir hier eigentlich nicht wirklich inhaltliche, sondern formale und redaktionelle Änderungen vorliegen haben und wir dem stadträtlichen Antrag bedenkenlos zustimmen können.

Beschluss

Einstimmig fasst das Parlament folgenden Beschluss:

1. Den Teilrevisionen des Reglements über die Anwohnerbevorzugung in Blauen Zonen (SRO 215, Art. 7 und 9), des Reglements über das Verkehrs- und Parkierungsregime Altstadt/Innenstadt (SRO 215.1, Art. 11 und 13), des Reglements über das Bestattungs- und Friedhofswesen der Einwohnergemeinde der Stadt Olten (SRO 218, Art. 2, 5, 12, 18 und 19), des Feuerwehrreglements der Einwohnergemeinde der Stadt Olten (SRO 221, Art. 10, 11, 15, 16, 18, 22, 24, 25, 38, 55, 56, 58 und 60) und der Benützungsordnung für die Stadthalle Kleinholz (SRO 323, Art 15) wird zugestimmt.
2. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

II.

Ziff. I.1. dieses Beschlusses untersteht dem fakultativen Referendum.

Mitteilung an
Direktion Präsidium/Markus Dietler
Direktion Finanzen und Informatik/Urs Tanner
Abteilung Ordnung und Sicherheit/Franco Giori
Abteilung Feuerwehr/Philipp Stierli
Kanzleiakten

Verteilt am

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 14. Dezember 2017

Prot.-Nr..44

Dringliche Motion der FDP-Fraktion betr. Kulturarbeit/Beantwortung

Mit Mail vom 11. Dezember hat die FDP-Fraktion folgenden Vorstoss eingereicht:

«Das Potenzial und die Ausstrahlung der städtischen Kulturszene kann ohne die Schaffung einer neuen städtischen Verwaltungsstelle gefördert werden, indem die Zusammenarbeit mit bereits gut etablierten Institutionen verstärkt wird. Der Stadtrat wird deshalb aufgefordert, als Alternative zu einer neuen Kulturfachstelle den Leistungsauftrag von Olten Tourismus zu erweitern sowie das Magazin KOLT als wichtiges Publikationsorgan mittels Leistungsvereinbarung in die offizielle Kulturarbeit miteinzubeziehen. Das Reporting wird, wie bei Olten Tourismus, mit der Stadt geregelt.

Begründung:

Olten hat eine blühende Kulturszene, die zur Förderung und Unterstützung des Standortmarketings Olten genutzt werden kann und soll. Bestehendes Know-How kann so verwertet werden. Bereits jetzt hat **Olten Tourismus** in seinem Leistungsauftrag in Punkt 5.2. Projektarbeit Standortfaktoren auch den Bereich Kultur und Unterhaltung zu bewirtschaften. Viele der anfallenden Aufgaben können so von der bestehenden Organisation übernommen werden, die bereits in diese Richtung arbeitet.

- Hilft bei Finanzierungsgesuchen
- Weiss was, wo und wie reserviert, bestellt werden kann.
- Verfügt über ein Inventar von Veranstaltungsräumen
- Hilft bei PR-Fragen wie Plakatierung, freie Plakatwände
- Pfllegt Kontakte zu Veranstaltern

Das Magazin KOLT hat das entsprechende professionelle Know-How und Beziehungsnetz, das für den **Veranstaltungskalender „Ausgehen in Olten“** ausgezeichnet funktioniert. Zudem ist KOLT in kulturellen Fragen und in der Bearbeitung kultureller Themen sehr kompetent.

Mit der Zusammenführung dieser drei Kulturplayer Stadt, Olten Tourismus und KOLT ergibt sich die Möglichkeit eines weitaus günstigeren Kulturförderungsmodells, mit rund einem Drittel der vorgesehenen Stellenkosten, ohne dass wieder eine neue Stelle geschaffen wird, was angesichts der angespannten Finanzlage mehr als wünschenswert ist.

Begründung der Dringlichkeit:

Die vorgeschlagene Kooperation mit bestehenden Institutionen ist ein indirekter Gegenvorschlag zur Volksinitiative „Fachstelle Kultur“. Deshalb muss die Motion gleichzeitig behandelt werden wie die Initiative.»

- - - - -

Stadtpräsident Martin Wey beantwortet den Vorstoss im Namen des Stadtrates wie folgt:

In seiner Vorlage hat der Stadtrat zwar eine Ablehnung der Schaffung einer Fachstelle Kultur beantragt. Er hat aber gleichzeitig auch festgehalten, dass diese Ablehnung insbesondere daher rührt, dass die Finanzlage der Stadt weiterhin angespannt ist, dass die personellen Ressourcen in der Stadtverwaltung sehr knapp sind und dass er in der Fachstelle Kultur nicht die erste Priorität sieht. Die Wahrnehmung der in der Vorlage aufgezählten Aufgaben im Kulturbereich hat er hingegen als durchaus sinnvoll und die Zusammenfassung dieser Aufgaben in einer Fachstelle Kultur als wünschenswert bezeichnet.

Die von den Motionärinnen und Motionären vorgeschlagene «Alternative» erachtet der Stadtrat nun nicht als Ersatz für die Fachstelle Kultur, fehlen doch ganz wesentliche Aufgaben wie die interne Knowhow-Trägerschaft, welche eine Fachstelle auszeichnet, und die Projektarbeit zur Umsetzung der stadträtlichen Kulturpolitik. Hinzu kommt, dass Olten Tourismus bereits mit einem Leistungsauftrag versehen ist, der mit einer Abgeltung von 230'000 Franken gut dotiert ist; hinzu kommen Erträge aus der City-Taxe. Die von den Motionärinnen und Motionären vorgeschlagenen Aufgaben können somit nach Ansicht des Stadtrates bereits im bestehenden Leistungsauftrag erfüllt werden und müssen nicht zusätzlich – auch nicht mit einem Drittel der Kosten für die Kulturstelle – abgegolten werden. Zumal Olten Tourismus mit dem geplanten Ausbau der Dachmarke Olten LiteraTour schon heute in diese Richtung arbeitet, wie auch die Motionärinnen und Motionäre schreiben.

Was die Zusammenarbeit mit KOLT angeht, sieht der Stadtrat ebenfalls keinen Grund für Mehrausgaben durch die öffentliche Hand: Der KOLT-Veranstaltungskalender funktioniert auch ohne staatliche Subvention. Eine Unterstützung würde eine Ungleichbehandlung gegenüber andern Medien bedeuten und wäre ordnungspolitisch heikel, ist doch KOLT nicht nur eine Veranstaltungsplattform, sondern auch ein Meinungsorgan, das in seinen Verlautbarungen zur städtischen Politik unabhängig bleiben soll.

Aufgrund dessen, dass die genannten Institutionen einen Teil der erwähnten Aufgaben bereits erfüllen und Olten Tourismus schon mit einem umfangreichen Leistungsauftrag dotiert ist und dass andererseits wesentliche Aufgaben der vom Stadtrat skizzierten Fachstelle auf die vorgeschlagene Weise nicht wahrgenommen werden könnten, beantragt der Stadtrat dem Gemeindeparlament, angesichts der angespannten Finanzlage keine weiteren Ausgaben zu verursachen und die Motion nicht erheblich zu erklären.

- - - - -

Monique Rudolf von Rohr: Wir ziehen die Motion weiter, weil es in unseren Augen Sinn macht, die drei Kulturplayer zusammenzubringen und hier verschiedene Bereiche, die sich austauschen, die sich auch befruchten können. Wir haben das Gefühl, das bringt dem kulturellen Leben der Stadt etwas, zumindest einmal ganz sicher die organisatorische Entlastung. Natürlich müssen wir jetzt bald Gespräche führen. Aber da bleiben wir jetzt dran.

Daniel Kissling, Olten jetzt!: Wie auch schon gesagt, freue ich mich persönlich und auch vom städtischen Wert, dass KOLT als wichtig erachtet wird. Auch Olten Tourismus macht einen guten Job. Ich persönlich würde KOLT gerne unterstützen und eine Leistungsvereinbarung sehen. Mit «Ausgehen in Olten», dieser wunderbaren Agenda, die sie immer schon gemacht haben und jetzt immer noch machen, sogar grösser und in alle Haushalte versenden. In der Motion steht, dass es quasi einen Gegenvorschlag zur Fachstelle Kultur ist, und dementsprechend kann ich oder können wir dem nicht zustimmen. Es ist klar ein Gegenvorschlag. Es heisst quasi, man sagt indirekt, man will das Andere nicht. Dazu fehlt erstens aber einfach inhaltlich ganz, ganz, ganz, ganz viel und zweitens ist halt

wirklich auch noch einmal störend, wenn man jemanden quasi etwas einspannen will, den man vorher gar nicht informiert, nämlich das KOLT.

Doris Känzig, SVP-Fraktion: Es gibt bei dieser Motion einfach zu viele Fragezeichen. Die finanziellen Folgen sind ungewiss. Olten Tourismus hat ja bereits eine Leistungsvereinbarung mit Fr. 230'000.— pro Jahr, in der der Auftrag Kulturförderung eigentlich schon enthalten ist. KOLT ist eine private Initiative. Es ist auch gut, wenn es dies gibt, und man muss nicht alles der Verwaltung unterstellen. Wir haben heute alle die Mail erhalten, dass KOLT dies eigentlich gar nicht will und jetzt durch diese Motion gar nicht auf diesem Wege politisiert werden will. Es ist einfach zu ungewiss und zu wenig klar, dass es sinnvoll ist. Deshalb werden wir es ablehnen.

Dr. Christoph Fink, CVP/EVP/GLP: Unsere Fraktion ist auch einstimmig für die Ablehnung dieser Motion. Wenn wir schon keine Kulturfachstelle in der Stadt haben wollen, wo sie eigentlich eher sinnvoll wäre, wollen wir dieses auch nicht privatisieren, also auslagern, und mit diesen Partnern ist gar nicht gesprochen worden. Man weiss auch nicht, ob sie dies für Fr. 30'000.— überhaupt leisten könnten. Es sind einfach zu viele offene Fragen.

Felix Wettstein: Die Fraktion der Grünen wird ebenfalls dem Stadtrat zustimmen, der beantragt, dass man die Motion nicht als erheblich erklärt. Massgebend ist ja der Wortlaut dieser dringlichen Motion, wo der erste Satz an und für sich ein Begründungssatz und nicht ein Motionssatz ist. Dies nur nebenbei. Aber wie es bereits gesagt wurde, kommen wir zum gleichen Schluss. Es ist in der stadträtlichen Vorlage sehr klar begründet worden. Noldi Uebelhart hat im vorvorletzten Traktandum darauf aufmerksam gemacht. Der Stadtrat selber findet, genauso wie er dies im Konzept 2004 auch schon gesagt hat, dass diese Stelle richtig ist. Ich denke, das ist jetzt die Botschaft, die auch die Bevölkerung verdient, weil es ja jetzt zu einer Volksabstimmung kommt. Das Aufgabenfeld, wie es der Stadtrat schon ausgearbeitet hat, deckt sich zu einem rechten Teil mit der Begründung der Initiative. Der Initiativtext enthält natürlich kein Pflichtenheft. Aber in der Begründung zur Initiative sind Ausführungen gemacht worden. Sie lehnen sich stark an vergleichbare Stellen in Kleinstädten an. Heinz Eng, ich bin gespannt, dass wir einmal die Gelegenheit haben auszujaßen, was Dir fehlt. Aber das ist jetzt der Weg, dass wir zur Bevölkerung, die wahrscheinlich im März oder Mai Gelegenheit haben wird, darüber abzustimmen, klären, was die Vorstellung ist, die mit dieser Stadt verbunden ist. Man könnte jetzt einzelne Sachen herausplücken, die man ganz klar nicht auslagern kann. Es hat typisch hoheitliche Aufgaben dabei, die natürlich nur durch jemanden von der Stadt selber wahrgenommen werden können, beispielsweise die Vorbereitungsarbeiten der Entscheidung, die wir im Parlament brauchen oder die der Stadtrat zuerst im Stadtrat braucht. Das ist typischerweise etwas, das wir nicht irgendjemandem auslagern können.

Dr. Christine von Arx, Fraktion SP/Junge SP: Auch wir lehnen die Motion der FdP ab. Wir haben auf der einen Seite auch Fragen, die den Text angehen. Uns ist schon nicht klar, was es mit dem indirekten Gegenvorschlag soll. Wir spüren zwar, was die Meinung ist. Aber wie man dies dann praktisch umsetzen will, ist für uns nicht nachvollziehbar. Wenn man dies jetzt erheblich erklärt, muss später der Stadtrat irgendetwas machen, wenn das Resultat dann kommt? Das ist nicht ersichtlich. Er hat ja hier Vertragspartner, mit denen er verhandeln muss. Ob dies dann bis nächsten März irgendein Resultat zeigt, ist ja noch ungewiss. Auch für uns ist nicht ganz klar, was die Meinung ist, was mit den Finanzen passiert. Darf dies etwas kosten? Wie viel darf es kosten? Oder darf es nichts kosten? Dann hat der Stadtrat ja auch schon zu Recht gesagt, dass gerade Olten Tourismus nicht unbedingt die Fachstelle für Kultur ersetzen kann, rein von ihrem Know-how her nicht. Es geht dort um Tourismus. Sie sind dort sicher sehr kompetent, aber nicht unbedingt für die Unterstützung für Kulturschaffende. Auch bei KOLT ist es ja auch so, dass wir merken mussten, dass man mit ihnen vorgängig gar nicht gesprochen hat. Es ist auch so, dass es in der Stadt noch andere Veranstaltungskalender gibt. Der Stadtrat hat dies auch beschrieben. Wieso schießt man sich denn jetzt so auf dieses KOLT ein und gibt nicht den Auftrag, ob es nicht auch eine andere Möglichkeit gibt? Was natürlich die Unterstützung der

Kulturschaffenden angeht, um sich im Verwaltungsdschungel zurecht zu finden, möchte ich daran erinnern, dass einmal der Vorschlag eines verwaltungsinternen Kompetenzzentrums da war, das gerade auch bei Euch keinen Widerklang gefunden hat. Von daher gesehen lehnen wir dies auch ab.

Beschluss

Mit 30 : 6 Stimmen bei 2 Enthaltungen wird die Motion nicht erheblich erklärt.

Mitteilung an
Direktion Präsidium/Markus Dietler
Kanzleiakten

Verteilt am

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 14. Dezember 2017

Prot.-Nr. 45

Motion Felix Wettstein (Fraktion Grüne) und Mitunterzeichnende betreffend «Darstellung der Rechnung zum Bericht der sbo“/Beantwortung

Am 21. Juni 2017 wurde im Gemeindeparlament von Felix Wettstein und Mitunterzeichnenden eine Motion mit folgendem Wortlaut eingereicht:

«Der Stadtrat wird aufgefordert, in seinen jährlichen Bericht und Antrag an das Gemeindeparlament zum Geschäftsbericht und zur Rechnung der Städtischen Betriebe Olten sbo die folgenden Informationen aufzunehmen:

- a) Darstellung der Bilanz zum Anfang und zum Ende des Berichtsjahres sowie der Veränderungen; die Aktiven aufgeschlüsselt nach Verwaltungsvermögen und nach Finanzvermögen, inkl. Nachweis der stillen Reserven.
- b) In der tabellarischen Darstellung der Erfolgsrechnung und der Investitionsrechnung die drei Spalten „Rechnung Berichtsjahr“, „Budget Berichtsjahr“, „Rechnung Vorjahr“.
- c) Die Geldflussrechnung

Begründung:

Das Gemeindeparlament hat die Aufgabe und Verantwortung, jährlich den Geschäftsbericht der städtischen Betriebe Olten sbo zu genehmigen, den Rechnungsabschluss sowie den Revisionsbericht zur Kenntnis zu nehmen, dem Verwaltungsrat und der Geschäftsleitung Entlastung zu erteilen sowie die Revisionsstelle zu wählen.

Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt: Damit die Parlamentarierinnen und Parlamentarier ihre Aufgabe fundiert wahrnehmen und das Jahresergebnis würdigen können, reicht es nicht, wenn sie nur die Informationen der Erfolgs- und Investitionsrechnung des Berichtsjahres, ergänzt um den Vorjahresvergleich, zur Kenntnis bekommen. Sie müssen zusätzliche Vergleichsmöglichkeiten mit dem Budget des Berichtsjahres haben. Weiter müssen sie über die Informationen zur Bilanz und zur Geldflussrechnung haben.

- - - - -

Stadtrat Benvenuto Savoldelli beantwortet die Motion im Namen des Stadtrates wie folgt:

a) Darstellung der Bilanz

Darstellung der Veränderungen

Der Stadtrat nimmt das Anliegen in der Motion auf und wird zu den im Finanzbericht publizierten Anfangs- und Endwerten der Bilanz in seinem Bericht eine weitere Veränderungsspalte einfügen.

Split Verwaltungs- und Finanzvermögen

Die sbo führen ihre Rechnung nach den Grundsätzen des schweizerischen Obligationenrechtes (OR Art. 957ff), und nicht nach den Rechnungslegungsgrundsätzen des harmonisierten Rechnungsmodell II (HRM2). Gemäss Art. 959 Abs. 3 und 959a Abs. 1 ist bei den Aktiven zwischen einem Umlaufvermögen sowie einem Anlagevermögen zu unterscheiden. Die Unterscheidung wird vor allem aufgrund von Fristigkeiten vorgenommen. Das Anlagevermögen ist in die Subgruppen Finanzanlagen, Beteiligungen, Sachanlagen und immaterielle Werte zu splitten. Beim Anlagevermögen können Anlagen, welche dem Betrieb dienen und unter HRM2 dem Verwaltungsvermögen zuzuordnen wären, bilanziert sein, aber auch Finanzanlagen, welche unter HRM2 dem Finanzvermögen zuzuordnen wären. Die Beteiligungen werden im Finanzbericht der sbo unter dem Kapitel „Corporate Governance“ näher erläutert.

Ein Transfer der Rechnungslegung sbo in eine Rechnungslegung HRM2 ist somit nicht ohne weiteres möglich. Für eine saubere Trennung müsste eine Schattenrechnung erstellt werden. Der Stadtrat sieht aktuell den Mehrwert für die Erstellung einer weiteren Bilanz nicht.

Ausweis der stillen Reserven

Der Stadtrat ist, wie auch bei der Einwohnergemeinde um eine möglichst hohe Transparenz bei seiner Tochtergesellschaft, der sbo, bemüht. Im Vergleich zur Einwohnergemeinde, welche nahezu nur hoheitliche Tätigkeiten ausübt, steht die sbo in gewissen Leistungsfeldern in Konkurrenz mit anderen Anbietern. Eine komplette Transparenz, wie sie bei der Einwohnergemeinde gelebt wird, kann dem Unternehmen schaden.

Der Ausweis der Netto-Auflösung von stillen Reserven im Anhang muss erst aufgeführt werden, wenn dadurch eine Verbesserung des erwirtschafteten Ergebnisses von mehr als 10 % dargestellt wird. Der Stadtrat ist jedoch bereit, den Gesamtbetrag der Netto-Auflösung bzw. Bildung im jeweiligen Berichtsjahr sowie deren Veränderung segmentneutral in seinem Bericht zu kommunizieren.

b) Darstellung der Erfolgsrechnung und Investitionsrechnung

Im Gegensatz zu der öffentlichen Rechnungslegung kennt die Rechnungslegung nach Obligationenrecht (OR) den Begriff der Investitionsrechnung nicht. Ausgaben, welche die Aktivierungsgrenze erreichen, werden direkt auf die Anlagen verbucht. Die Investitionen nach OR sind lediglich in der Geldflussrechnung unter dem Geldfluss aus Investitionsrechnung teilweise nachvollziehbar oder in der Bilanz unter den Veränderungen des Anlagevermögens (Zunahme durch Investitionstätigkeit / Abnahme durch Abschreibungen). Die sbo selbst planen ihre Investitionen und führen ein Soll/IST-Vergleich. Die abgeschlossenen Aufträge bzw. die Bauabrechnungen werden dem Verwaltungsrat periodisch zur Genehmigung vorgelegt.

Der Stadtrat wird deshalb künftig nebst den bereits bestehenden Spalten „Rechnung Berichtsjahr“ und „Rechnung Vorjahr“ zusätzlich die Spalte „Budget Berichtsjahr“ einfügen. Dies jedoch nur im Bericht des Stadtrates. Der Finanzbericht der sbo wird unverändert bleiben.

c) Geldflussrechnung

Die sbo führen bereits heute eine detaillierte Geldflussrechnung in ihrem Finanzbericht (Bsp. Bericht 2016: Seite 22). Der Stadtrat ist bereit in seinen Bericht den Geldfluss aus Geschäftstätigkeit, den Geldfluss aus Investitionstätigkeit sowie den Geldfluss aus Finanzierungstätigkeit summarisch darzustellen. Zusätzlich wird er die wichtigsten Veränderungen in der Geldflussrechnung dokumentieren sowie einen Verweis auf die detaillierte Geldflussrechnung des Finanzberichtes der sbo anbringen.

Aufgrund der erwähnten Überlegungen und der hier durch den Stadtrat vorgelegten Verbesserungsvorschläge beantragt der Stadtrat die Motion nicht erheblich zu erklären.

- - - - -

Felix Wettstein: Die städtischen Betriebe Olten sind eine Tochtergesellschaft der Einwohnergemeinde. Damit sind sie quasi öffentlich. Sie haben zwar einen Verwaltungsrat, aber bei der Abnahme des Jahresergebnisses haben wir als Parlament und als Vertretung des Volkes ein Mitentscheidungsrecht, und das heisst eben auch eine Mitentscheidungsverantwortung und -pflicht. Wir erteilen faktisch Décharge. Damit wir diese Verantwortung wahrnehmen können, brauchen wir natürlich Zahlen, Fakten auf dem Tisch. Nicht nur diejenigen zur Erfolgsrechnung, die in Zukunft wenigstens im Vergleich zum Budget ausgewiesen werden soll, sondern auch Zahlen zur Bilanz. Zu einer Bilanz gehören auch Anlagewerte und Reserven, auch die stillen. Die städtischen Betriebe Olten seien diesbezüglich in einer Konkurrenzsituation, schreibt der nicht mehr anwesende Stadtrat in seiner Antwort. Drei sind noch hier. Sie sind immer noch beschlussfähig. Aber Stadtrat Savoldelli hat es ja eigentlich geschrieben. Die sbo seien in einer Konkurrenzsituation und deshalb dürfe nicht alles öffentlich sein, so wird argumentiert. Das scheint uns kein Argument zu sein. Man könnte sagen, auch eine Einwohnergemeinde ist bekanntlich in Konkurrenz mit anderen. Wir reden sehr häufig davon, was Standortvorteile usw. oder eben –nachteile sein könnten. Vor allem können wir wirklich unsere Pflicht und unsere Verantwortung nicht wahrnehmen, wenn man die Entscheidungsgrundlagen vor uns zum Teil versteckt. Dann sind wir bei der jährlichen Rechnungsabnahme ein Feigenblatt. Als Hausmitbesitzer muss ich für Energiekosten aufkommen, die wir zu Hause zahlen, Strom, Gas, Wasser. Als Kleinkonsument wie die allermeisten im Versorgungsgebiet der sbo habe ich keine Wahl, von wem ich diese Sachen beziehe. Ich muss ganz ehrlich sagen, dass ich keine Lust habe, mit einer Immobilienfirma, die nebenbei noch die öffentliche Energieversorgung anbietet, mit einem Knebelvertrag verbunden sein zu müssen.

Parlamentspräsident Dr. Rudolf Moor: Die drei, die hinausgegangen sind, haben sich in den Ausstand begeben, weil sie im Verwaltungsrat der sbo sind. Das haben sie vorher nicht angekündigt.

Felix Wettstein: Danke, das ist mir auch noch in den Sinn gekommen. Er hat trotzdem die Antwort geschrieben. Es ist ein berechtigter Zusammenhang, dass der Stadtrat selber natürlich im Verwaltungsrat vertreten ist. Das wollen wir auch nicht bezweifeln. Diese Vorarbeit braucht es, und unter anderem kann der Stadtrat deshalb natürlich in seinem Teil zu diesem sbo-Jahresbericht auch eine Empfehlung machen. Ich habe jetzt als Motionär Stellung genommen. Ich kann aber auch gerade noch im Namen der ganzen Fraktion sagen:

Wir möchten Euch beliebt machen, dass man unsere Motion eben als erheblich erklärt. Der Stadtrat ist von einer Tugend, die er in den letzten Monaten etwa angesetzt hat, leider wieder etwas weggekommen. Er hat nämlich angefangen, dass er zuerst einmal über parlamentarische Vorstösse, Motion oder Postulat, entscheiden lässt, und die Arbeit erst gemacht wird, nachdem wir wissen, ob sie mehrheitlich überwiesen werden. Jetzt hat man die Arbeit quasi wieder zuerst gemacht, einfach nur die Hälfte, und sagt jetzt: Nun ist ja die Hälfte der Arbeit gemacht. Jetzt müsst Ihr gar nicht überweisen. Diesen Salto mortale möchten wir definitiv künftig, ab 2018, nie mehr machen müssen. Jetzt möchten wir Euch beliebt machen, als erheblich zu überweisen und nicht etwa zu sagen, es ist ja schon gemacht. Das Entscheidende ist eben noch nicht gemacht.

Parlamentspräsident Dr. Rudolf Moor: Einfach der Vollständigkeit halber. Sie wird nach altem Reglement behandelt, weil sie nämlich noch im Juni eingereicht wurde. Da gilt noch die alte Gemeindeordnung. Sorry für diese Formalismen. Aber es ist halt so.

Stadtpräsident Dr. Martin Wey: Wir werden hier natürlich nichts Anderes verkünden lassen, als wir im Stadtrat beschlossen haben. Wir würden uns dies hier auch nicht anmassen. Trotzdem zwei, drei Vorbemerkungen: Felix, es ist natürlich schon so, dass Du gerne kurze Antworten hast. Das haben wir zur Kenntnis genommen. Aber der Stadtrat wird selbstverständlich diese Antworten weiterhin so in dieser Länge oder Kürze machen, wie es für ihn auch richtig ist. Zweitens ist es halt so, dass man bei Ablehnungen vielleicht länger argumentieren muss, als wenn überwiesen wird. Ich glaube, diese Tugend haben wir ja tatsächlich auch stringent verfolgt. Vielleicht zum Wort von Bedürfnis nach Transparenz. Hier folge ich oder folgen wir vollumfänglich dem Motionär, Felix. Diese Transparenz muss tatsächlich vorhanden sein, soweit sie auch ermöglicht werden kann. Man muss vielleicht sagen, dass wir auch in der Antwort zur Motion dort, wo wir als Stadtrat den Bericht und Antrag schlussendlich zu Händen des Parlaments formulieren, tatsächlich auch Hinweise, wo wir uns beim nächsten Bericht und Antrag, den wir zur Rechnung machen, auch verbessern wollen. Dies einmal zu diesem Teil. Wir haben tatsächlich Einschränkungen. Wir haben in der Antwort in diesem Sinne halt auch negative Antworten zu geben. Deshalb sind wir für Nichterheblicherklärung des Ganzen. Das ist in dem Bereich, wo wir die städtischen Betriebe insofern bewusst aus der vollständig politischen Kontrolle entlassen haben, dass, wenn Du eine Verselbständigung machst, das Ziel hast, dass die sogenannten politischen Einflüsse, die einem Unternehmen auch nicht unbedingt nur nützen, eliminiert werden können. Das heisst aber nicht keine Transparenz, aber eine Entlassung in eine gewisse Selbständigkeit. Deshalb auch der Hinweis betreffend Ausweis der stillen Reserven, wo wir klar der Meinung sind, dass man dort im Unternehmen eine gewisse Autonomie bzw. ein unternehmerisches Verhalten auch zubilligen können soll. Sonst denke ich, dass wir diesen Ansprüchen und Wünschen plus/minus entgegenkommen werden, und Ihr werdet bei der nächsten Rechnungslegung dies auch entsprechend sehen. Deshalb sind wir für die Nichterheblicherklärung dieser Motion, die eigentlich gesamtheitlich nicht nur eine Forderung, sondern doch mehrere Forderungen hat, die wir nicht alle befolgen können und wollen.

Heinz Eng: Ich kann das Resultat vorwegnehmen, bevor ich dann auf meine Ausführungen komme. Die FdP-Fraktion wird dem Stadtrat grossmehrheitlich folgen und die Motion nicht erheblich erklären. Die Fraktion hat mich beauftragt, hier zu sprechen. Als treuer Parteisoldat habe ich natürlich entsprechend auch diese Recherchen gemacht und möchte jetzt hier doch auf das Eine oder Andere noch antworten, was Felix vorhin ins Gefecht geführt hat. Felix, Dein Brimborium und Deine gewaltigen Worte in allen Ehren, aber ich muss das Eine oder Andere schon noch etwas redimensionieren. Es ist nicht alles so, wie Du dies hier erzählt hast. Ich möchte mit einem ersten kurzen Block anfangen, nämlich dem Rahmen. Der Rahmen dieser Rechnungslegung – Du hast hier das Parlament usw. erwähnt – Du musst einmal die Statuten der sbo lesen. Wir vom Parlament sagen, wo es dort durchgeht. René Bättig hat dies 2003 namens der Einwohnergemeinde der Stadt Olten unterschrieben. Wir sagen, wo es hier mit der sbo durchgeht. Dann hat sie einen Paragraphen, § 22 Ziffer 2: „Die Bilanzen werden gemäss den Vorschriften des Schweizerischen Obligationenrechtes

aufgestellt. Soweit nicht strengere Vorschriften“ ich komme noch darauf – „des Bundesrechtes oder auf Bundesrecht abstützende Vereinbarung zur Anwendung gelangen“. Hier ist die Legitimation, dass die sbo die Rechnung so machen kann, wie es im Obligationenrecht ist, was sie bis jetzt auch gemacht hat, und der Stadtrat respektive der Stadtpräsident hat dies vorhin noch präzisiert, nämlich indem ja die Verbesserungen laufend auch eingehen. Das muss hier schon klar festgehalten werden. Im Übrigen würde ich dem Parlament empfehlen, dies einmal durchzusehen. Dort steht auch drin, was „die Anforderungen, die fachlichen Kenntnisse eines Verwaltungsrates sind“, wo jetzt hier drei hinausgegangen sind. Da könnt Ihr selber schauen, wie viele dies erfüllen. Lassen wir dies einmal dahingestellt. Felix, das ist die Bibel. Deshalb bin ich nicht ganz sicher, ob es überhaupt eine Motion ist. Ihr könnt Euch an das Ghetto betreffend Motion oder nicht Motion usw. an der letzten Sitzung erinnern. Wenn Ihr den Text dieser Motion lest, Aufforderung usw. Hier haben wir eine Rechtsgrundlage. Sehr wahrscheinlich hätte man diese Motion anders schreiben müssen. Gut, lassen wir dies! Der Stadtrat hat dies gesagt. Wir müssen sie als Motion behandeln. Ich möchte den ganzen Rahmen einmal dort sehen. Dann zum Materiellen: Ich habe mir hier getreu dem Auftrag die Mühe genommen und habe zum Beispiel den ganzen Finanzbericht der Industriellen Werke Basel durchgesehen. Ich habe ihn gegenübergestellt, Bericht und Rechnung, habe ein schlechtes Gewissen, weil sehr wahrscheinlich ein Viertel Baum irgendwo auf dieser Welt gefällt worden ist, weil Eng 200 Kopien gemacht hat. Da drin, IWB, stehen wahnsinnig gute Eingangsworte. Sie machen sehr wahrscheinlich die Rechnungslegung, so wie Du es gewünscht hast oder es Deinen Vorstellungen entspricht. Ich kann hier nur ganz kurz zitieren: „Die vorliegende Konzernrechnung wurde in Übereinstimmung mit den bestehenden Richtlinien der Fachempfehlung zur Rechnungslegung (Swiss GAAP FER) erstellt“. Ich habe dies minutiös, akribisch mit Bericht und Rechnung der sbo verglichen, von denen wir alles erhalten haben. Es ist sage und schreibe eine zusätzliche Tabelle drin. Felix, ich kann Dir nachher alles geben. Die Tabelle, wo nachher die Veränderungen des konsolidierten Eigenkapitals ausgeführt werden, die Gegenüberstellung 15/16. Das ist ja bereits auch im Bericht und der Rechnung der sbo erfolgt. Geldflussrechnung, Bilanz, Erfolgsrechnung, 1 : 1 ebenfalls drin bei der sbo. Die IWB machen dies gleich, ausser noch die Veränderung des Eigenkapitals. Hinten wird es ausgeführt. Inwieweit man dies nachher ins Feld führen kann, dass wir dies unbedingt brauchen wegen Rückstellungen usw. à la bonheur. Darüber kann man diskutieren. Dann der nächste Punkt: Beim Swiss GAAP FER habe ich mir auch die Mühe genommen und habe ihre Homepage besucht. Das ist eine kommerzielle Bude. Sie verkaufen Produkte. Das sind Empfehlungen. Jetzt mache ich wieder den Bogen zu dem, was in den Statuten der sbo steht. Solange das Bundesrecht oder auf Bundesrecht abgestützte Verordnungen nichts Anderes beschliessen, handeln die sbo nach dem Obligationenrecht. Swiss GAAP FER ist eine kommerzielle Bude. Sie hat einfach zusätzlich noch Empfehlungen gegeben, nice to have, aber nicht need to have. Die einzige Empfehlung, die ich am Schluss, als ich hier etwas durchgeschmökert habe – es sind etwa zwölf solche Bücher – geben kann, dass man vielleicht der sbo ans Herz legen könnte, auf Weihnachten irgendwie einmal ein solches Büchlein zu kaufen, um zu sehen, welche Empfehlungen und Richtlinien drin sind. Das kostet Fr. 48.—, und dann kann man vielleicht noch das Eine oder Andere aufnehmen, sofern es sinnvoll ist. Sonst glaube ich, so wie der Stadtrat dies beantwortet hat, entkräftet dies die Argumente oder die Aufforderung, wo man dies alles machen muss, entsprechend. Die Geldflussrechnung existiert bereits. Der Stadtpräsident hat gesagt, es werden Verbesserungen usw. gemacht. Das ist ja nicht das erste Mal, dass wir jetzt darüber reden. Es ist etwa das 36. Mal. Ich möchte schon sagen, irgendeinmal muss man dann hier einfach einmal zu einem Schluss kommen und sagen: Okay, lassen wir dies so. Noch einmal Fazit, zusammengefasst: Rechtlich hundertprozentig in Ordnung. Alles, was man gemäss Statuten zusätzlich will, müsste man in den Statuten zuerst einmal ändern, festschreiben. Es handelt sich im Maximum um Empfehlungen und nie irgendwie um etwas, das auf Bundesrecht abgestützt ist. Deshalb wird die FdP-Fraktion dem Stadtrat grossmehrheitlich folgen.

Dieter Ulrich, SP/Junge SP: Ich kann wie Heinz die Haltung der Fraktion auch gleich vorwegnehmen. Wir werden ebenfalls dem Stadtrat folgen und zwar auch aus den Überlegungen, die der Stadtrat so dargelegt hat. Zum Teil sind es halt formale Sachen, die

man nicht so erfüllen kann, wie es im Motionstext verlangt wird. Wir sind aber dankbar, dass das Anliegen von Felix eingebracht wird. Wir sind auch für eine erhöhte Transparenz in dieser Rechnungslegung. Diejenigen, die länger dabei sind, wissen alle, welche Diskussionen wir hier vor allem in den letzten vier Jahren ständig hatten, wenn es um die Rechnung der sbo ging. Das möchten wir eigentlich auch in Zukunft vermeiden können, indem wir die Zahlen und Darstellung wirklich so auf dem Tisch haben, dass wir dort nicht nachbohren müssen. Insofern denke ich mir, dass der Stadtrat in seiner Antwort ja auch zum Ausdruck bringt, dass er dieses Anliegen ernst nimmt oder ernst nehmen will, und wir möchten jetzt diesen Goodwill eigentlich einmal auch so sprechen und schauen, wie es dann im nächsten Bericht daherkommen wird und ihn dort aber auch in die Pflicht nehmen. Macht dies im eigenen Interesse, weil es sonst wieder Diskussionen geben wird, die wir eigentlich alle vermeiden möchten. Insofern werden wir, wie ich schon gesagt habe, dem Stadtrat folgen und die Motion nicht als erheblich erklären.

Matthias Borner, SVP-Fraktion: Noch für Noldi: Das nächste Mal kannst Du einfach Herr Ex-Präsident sagen. Erstens einmal bin ich sehr erstaunt darüber, was Felix gesagt hat. Ich bin auch sehr erfreut, dass er sich auch, wie ich mich in meiner Interpellation vor etwa einem Jahr, über die hohen Strompreise aufregt. Ich habe hier fast etwas mitschwingen gehört, dass er sich für eine Liberalisierung des Strommarkts, dass er eben wählen kann, bei wem er den Strom bezieht, ausspricht. Ich hoffe auch sehr, dass Du von diesen drei Stromstufen, die Du wählen kannst, auch den teuersten Ökostrom gewählt hast. Das Zweite ist noch zu Martin Wey, der vorhin gesagt hat, man habe eben die sbo bewusst politisch unabhängig gemacht. Es ist etwas interessant, dass deswegen zwei von fünf Stadträten nicht hier sitzen, und ein Gemeinderat ist auch draussen. Ich glaube, ich habe kein Geschäft erlebt, das so viele Leute draussen verbracht haben. So unabhängig kann dies auch nicht sein. Jetzt etwas, das zwar in diesem Geschäft von Felix nicht drin ist, aber er hat dies schon letztes Mal angebracht, als wir dies bei der sbo diskutiert haben, dass er eigentlich die Berichterstattung wie HRM2 haben möchte. Das macht keinen Sinn, weil HRM2 für Gemeinden und Kantone gemacht ist. Interessanterweise kommt es in der Antwort des Stadtrates, aber in der Frage von Felix kommt es eben nicht. Aber ich weiss noch, dass Du dies bei der letzten Diskussion auch gesagt hast. Was ich auch noch sagen möchte ist, dass die Rechnung, die wir von der sbo erhalten, zur Kenntnisnahme ist. Wir können sie nicht ablehnen. Wir können nur sagen, wir haben es nicht gesehen. Deshalb bin ich mir nicht sicher, ob wir hier wirklich eine solche Macht haben, wie sie die Rechnung machen. Was wir ablehnen können, ist ihr Geschäftsbericht. Dort könnten wir auch anhängen und sagen: Das wollen wir sehen, und das wollen wir sehen. Aber wie sie abschliessen, da haben wir nichts dazu zu sagen. Wenn sie wissen, dass wir den ganzen Bericht ablehnen, wenn sie es nicht so machen, wie wir wollen, würden sie dies wahrscheinlich freiwillig so machen. Aber ich wollte einfach noch sagen, dass es eben zur Kenntnisnahme ist, und das ist ein grosser Unterschied. Sonst folgen wir, wie man uns kennt, dem Stadtrat und erklären die Motion einstimmig als nicht erheblich.

Tobias Oetiker: Olten jetzt! ist auch an Transparenz interessiert. Wir sind uns aber intern jetzt nicht so einig, wie zum Beispiel bei der Kulturfachstelle. Wie man diese Transparenz genau erreicht, die in dieser Motion gefordert ist, wäre dann eben die Kreativität des Stadtrates. Wir würden es gerne dem Stadtrat überlassen, dies herauszufinden, wenn er dies machen kann.

Beatrice Schaffner, CVP/EVP/GLP: Wir haben diese Vorlage in der Fraktion ziemlich intensiv diskutiert und lehnen sie als nicht erheblich ab und zwar mehrheitlich aus den genannten Gründen der vorherigen Fraktionen. Diese Rechnung ist nur zur Kenntnisnahme, und es ist ein Betrieb, der in der wirtschaftlichen Konkurrenzsituation ist.

Heinz Eng: Ich möchte einfach noch kurz materiell etwas sagen, wo Matthias Borner falsch hatte. Gemäss § 9 der Statuten der sbo – ich habe sie aus der Homepage ausgedruckt – steht klar: „Im Rahmen der Oberaufsicht ist dem Gemeindeparlament der EGO alljährlich der Geschäftsbericht mit der Bilanz und Erfolgsrechnung zur Prüfung und Genehmigung

vorzulegen“. Also nicht nur zur Kenntnis. Jetzt weiss ich natürlich nicht, wie das war. Aber wenn dies natürlich bis jetzt nur zur Kenntnisnahme war, war es nicht statutenkonform.

Felix Wettstein: Danke vielmals, Heinz. Ich habe mir diese Mühe nicht genommen. Ich bin Dir wirklich dankbar. Ich habe diese Statuten nicht hier. Aber ich habe reingeschaut, als ich die Motion geschrieben habe, und ich weiss vor allem, wie die jährliche Formulierung lautet, die wir in den letzten Jahren immer erhalten haben. Es sind übrigens 16 Jahre, seit es die sbo gibt. Vorher war es eine städtische Verwaltungsstelle, wo wir mit dem ganz normalen, ordentlichen Budget beschlossen haben, was sie machen soll und mit der Rechnung abgenommen haben, was sie dann auch wirklich gemacht hat. So zur Erinnerung. Aber eben. Einfach, damit wir wirklich wissen: Wir als Parlament haben nicht nur die Oberaufsicht behalten, sondern wir haben tatsächlich eine Verantwortung. Wir stehen in der Pflicht. Wir sind diejenigen, die dem Verwaltungsrat und der Geschäftsleitung Entlastung erteilen. Eben das, was man jeweils so schön mit dem neudeutschen Wort Décharge sagt. Zwischendurch gibt es französische neudeutsche Wörter. Und – Du hast es jetzt vorgelesen – auch die Bilanz gehört tatsächlich zu diesen Zahlen, wo wir die Grundlage haben müssen, damit wir machen können, was unsere Pflicht und Schuldigkeit ist, nämlich Décharge zu erteilen. Ich will gar nichts anderes. Ich habe mit Bedacht weder in der Motion, schon gar nicht im Motionstext, aber auch nicht in der Begründung einen ganz bestimmten Rechnungslegungsstatus gefordert. Weder OR, was schon gilt, noch Swiss GAP Fer oder HRM 2. Obwohl die sbo sehr öffentlichkeitsnahe ist, ist sie tatsächlich nicht einfach verpflichtet, dies nach HRM 2 auszuweisen. Uns würde es grundsätzlich helfen, uns zu orientieren, wenn der Status vergleichbar ist. Mit der Zeit ist man sich ein wenig gewöhnt, wenn man Rechnungen abnimmt, worauf man etwas schauen muss. Deshalb wäre eine solche gewisse Parallelität der Darstellung formal und – wie soll ich sagen – um dem Rechnung zu tragen, dass wir als Milizparlament halt wirklich nicht Profibuchhalterinnen und –buchhalter sein können, aber uns dafür orientieren können und wissen müssen, wozu wir ja oder nein sagen. Es ist eigentlich meine Absicht, dass wir uns wie so ein Stück weit im gewohnten Rahmen orientieren können und dann aber wirklich nicht etwas aufsitzen, was man plötzlich gegen uns verwenden könnte.

Urs Knapp: Ich habe immer sehr viel Respekt vor der Arbeit von Felix Wettstein, bin nicht immer gleicher Meinung. Ich glaube, in diesem Geschäft kann ich jedes Wort, das er gesagt hat, unterschreiben. Ich werde dieser Motion mit grosser Überzeugung zustimmen. Das Thema ist wirklich die Transparenz und, Matthias Borner, zu einem Geschäftsbericht gehört einfach eine Jahresrechnung dazu. Es ist einfach ein Element davon, auch wenn es jetzt nicht einmal in den Statuten steht. Wir sind das Organ wie eine Generalversammlung – es ist halt so – die es über einen Geschäftsbericht machen müssen. Wir erhalten Informationen, wo ich mich seit drei oder vier Jahren konsequent enthalte oder dagegen stimme, weil ich nicht dem Vorwurf mitgegangen, mitgefangen ausgesetzt werden will. Mit dem Stand von Informationen, die wir erhalten, kann man mit gutem Gewissen der Rechnung nicht zustimmen, und es ist bekannt, dass der Verwaltungsrat der sbo eine andere Rechnung erhält. Er hat viel mehr Transparenz. Wenn man gerade anschaut, was im Umfeld dieser Wirtschaft läuft, ist Transparenz ein grosses Wort. Jedes börsenkotierte Unternehmen Migros, Coop als nicht börsenkotiertes Unternehmen, SBB, Post, andere Bundesbetriebe, ist transparent. Sie zeigen. Sie sind genau gleich im Wettbewerb wie eine sbo. Es sind auch andere Energieunternehmen. Sie zeigen, was läuft. Wenn man meint, die sbo könne irgendwie etwas verstecken, um dann vielleicht etwas zu machen, ist dies einfach schlichtweg eine Illusion. Wenn die sbo irgendetwas im Markt machen wird, gibt es eine sogenannte Do-a—diligence, und diese müssen sie auf gut deutsch gesagt – Entschuldigung für den Ausdruck – die Hosen bis unter die Schulsohle runterlassen. Die Einzigen, die dies nicht sehen werden, sind wir, die letztlich zustimmen müssen, die Décharge für einen Stand erteilen müssen. Wir entscheiden hier. Ich glaube, das ist wirklich ein Thema, und ich begreife bis jetzt nicht, warum man nicht zeigen will, wie es der sbo geht. Wir haben keine Ahnung, wie sie finanziell dasteht. Die sbo sagt: Wir machen ganz viel für die Stadt Olten. Wer kann hier beurteilen, wie eine Eigenkapitalrendite der sbo ist? Wir wissen es nicht. Wir haben nicht alle Informationen. Wer kann beurteilen, ob die sbo genug an die Stadt Olten,

100-prozentige Eigentümerin, abgeliefert oder zu wenig? Wir können es nicht beurteilen. Wir haben kritische Finanzlagen. Wir müssen wünschbare Sachen, wie heute eine Kulturfachstelle, ablehnen. Vielleicht hätte man ja zusätzliche Mittel von der sbo. Wir wissen nicht, wo sie steht. Es geht ja mit der Transparenz noch weiter. Ich muss aufpassen, dass ich mich nicht zu sehr aufrege. Aber es ist wirklich so. Wir wissen ja nicht einmal, was der Stadtrat mit dieser sbo machen will. Die Eigentümerstrategie ist seit zwei, drei Jahren im Raum. Wer sie gesehen hat, ist gut. Ich habe sie nicht gesehen. Ich habe ein paar Mal danach gesucht. Sie wird uns seit Jahren versprochen. Wenn der Stadtrat sagt, er wolle den politischen Einfluss bei der sbo zurücknehmen – es ist vorhin schon gesagt worden – heisst dies, dass in der Eigentümerstrategie stehen muss: „Der Verwaltungsrat wird mit unabhängigen Leuten besetzt“. Und zwar mit allen. Der Stadtrat als Eigentümer muss seine Rechte und Absichten darin erklären. Sonst kann man die sbo gerade jetzt im Zustand, in dem sie ist und mit dem, was jetzt mit der EBM zusammen passiert, zurück in die Verwaltung nehmen. Dann haben wir eine höhere Transparenz mit einem HRM. Ich glaube, der Stadtrat muss sicher hier überlegen, was er mit dieser sbo machen will. Es hat viele Vorteile, wenn man sie wie jetzt selbstständig hat. Aber dann muss man es richtig machen und auch ums Vertrauen kämpfen. Dieses fehlt. Ich möchte auch noch erwähnen, dass der Präsident der Finanzkommission einen Appell gemacht, der Stadtrat solle sich bessern. Er gebe noch einmal Vertrauensvorschuss. In der neuen Konstruktion der Finanzkommission, wo hier sieben Mitglieder sind, gehört die Rechnungsprüfung der sbo dazu. Wir werden dann sehen, wie zufrieden die FIKO ist, wenn sie als Finanzkommission die Zahlen wie bisher erhält. Auch hier ist es Thema, und der Stadtrat muss sich vielleicht auch warm anziehen. Ende April wird es dann eine relativ heftige Sitzung geben wird. Wir können eine Revisionsdiskussion machen. Aber es gibt gewaltige Unterschiede zwischen Swiss GAP Fer und OR und zwar auch wieder beim Thema Transparenz. Ob man diese Transparenz ausnützen und wie weit hinein man gehen will, ist eine andere Frage. Das kann jeder selber entscheiden. Man muss mindestens die Möglichkeit haben, dieses Konstrukt beurteilen zu können. In diesem Sinne danke ich Felix für diese Motion. Ich werde sie unterstützen. Wie man gehört hat, konnte ich meine Fraktion nicht überzeugen, aber immerhin minderheitlich kommen auch noch Stimmen aus der FDP.

Muriel Jeisy: Nur noch etwas Kleines, was Urs jetzt wegen der Rechnungsprüfung gesagt hat. Soweit ich dies sehe, macht dies ja normal die Rechnungsprüfungskommission. Ich habe jetzt noch kurz den Antrag vom Mai dieses Jahres hervorgegrübelt. Dort ist ja auch eine Revisionsstelle Ernst & Young, die dort eigentlich die Rechnung anschaut, prüft und beurteilt. Das Anliegen, das ja aufgenommen wird, die Transparenz ist wichtig, dass man eben, sagen wir einmal in der Finanzkommission auch etwas die finanzielle Lage beurteilen kann. Aber es geht nicht darum, eine Rechnung zu prüfen, und es steht hier auch. Wir haben auch im Mai dieses Jahres die Rechnung des letzten Jahres zur Kenntnis genommen. Wir haben einzig den Bericht genehmigt und nachher die Entlastung erteilt plus die Revisionsstelle wiedergewählt. Einfach noch als differenzierte Ergänzung.

Dr. Arnold Uebelhart: Ich wundere mich natürlich, dass Ihr Urs Knapp nicht folgt. Ihr habt dies jetzt jahrelang immer kritisiert. Jetzt, wo wir endlich verstehen, worum es geht, seid Ihr wieder dagegen. Ich habe natürlich schon das Problem, wenn ich einer Rechnung zustimmen muss, und ich bin ja nicht Fachmann, will ich doch, dass ich überhaupt etwas verstehe. Dann steht hier, man müsse eigentlich etwas zustimmen – transparent heisst ja durchsichtig – das eigentlich undurchsichtig ist. Die Einwohnergemeinde ist in Konkurrenz. Dort kann man sagen, was genau ist, und beim Unternehmen kann es schaden. Ich sehe eigentlich nicht, in welchem Sinn man einem Unternehmen schadet, indem man weiss, was dort läuft. Ich kann mir dies einfach nicht vorstellen. Ich verstehe jetzt nicht, weshalb Ihr hier dagegen seid.

Heinz Eng: Ich will es nicht verlängern, Noldi, aber es ist etwas Dichtung und Wahrheit, was Du jetzt hier wieder erzählst. Das Parlament hat praktisch vor ein paar Jahren ganz klar unisono gesagt, die Rechnungstellung muss anders sein. Der Stadtpräsident hat es vorhin auch gesagt. Nachher ist korrigiert worden. Wir haben jetzt auch einen Vergleich. Du kannst

Dich auch erinnern. Solange bist Du im Parlament. Vorher hat der Vergleich mit den Vorjahren gefehlt. Er ist jetzt drin. Du kannst nachschauen. Noch einmal: Ich habe wirklich minutiös die IWB mit der sbo verfolgt respektive verglichen. Die Geldflussrechnung ist drin, die Bilanz, Erfolgsrechnung, die Erläuterungen usw. Das Einzige, und das ist richtig, nämlich die Sache mit der Veränderung des Eigenkapitals ist bei der sbo nicht drin. Inwieweit wir hier nachher damit auch umgehen können und Zusatzinformationen respektive –wissen gegenüber dem Verwaltungsrat oder den zuständigen Stellen in der Verwaltung haben, da mache ich auch ein Fragezeichen. Das ist wirklich das Einzige. Darum musste ich es korrigieren. Was Du gesagt hast, stimmt nicht, dass wir jetzt hier eigentlich jahrelang nie zufrieden waren. Du kannst auch die Presseberichte lesen. Als die Rechnung der sbo letztes Mal vorgelegt wurde, stand im OT, dass sich diese Wogen nun langsam glätten. Man kann immer verbessern. Das ist klar. Aber für den Moment haben die sbo und der Stadtrat hier auf Einwirkung des Parlaments den Kurs in den letzten Jahren auch korrigiert. Das möchte ich einfach noch festhalten.

Reto Grolimund: Diese Motion hat mich vor dieser Sitzung relativ lange beschäftigt. Es scheint mir als Neuer, der die ganzen Sitzungen bis jetzt noch nicht miterlebt hat, als die Rechnungen der sbo geprüft worden, schon komisch, dass man dem unter den Bedingungen, wie die Rechnungen dargelegt wurden, immer so zugestimmt hat. Man sieht dort keine klare Eigentümerstrategie des Stadtrates. Ich bin nicht sicher, ob die Motion, so wie sie jetzt formuliert ist, erreicht, was ich mir bei der sbo unter Transparenz vorstellen würde. Ich möchte einfach noch zwei Sachen sagen. Heinz hat es ganz am Anfang gesagt. Das Gemeindeparlament hat die Statuten der sbo verabschiedet. Ich bin mir jetzt gerade nicht sicher, ob wir jetzt sofort dort etwas ändern können. Dann möchte ich noch etwas Anderes sagen. Die Sache mit dem Stadtrat im Verwaltungsrat. Wie gesagt, ich bin kein Wirtschaftler. Aber ich sehe nicht ganz, wie die Stadt Einblick in die Bücher der sbo haben will, wenn die beiden Verwaltungsräte, die im Stadtrat sind, jetzt nicht hier sitzen, das heisst, sie sind nicht als Vertreter der Stadt in diesem Verwaltungsrat, sondern sie sind für mich als Privatpersonen in diesem Verwaltungsrat, dann würde mich interessieren, wie genau die Stadt dort dann wirklich sicher gehen kann, dass sie in diese Bücher hineinsieht und uns in unserem Parlament so Bericht erstatten, dass wir diese Rechnung guten Gewissens annehmen können.

Stadtpräsident Dr. Martin Wey: Ich will es nicht verlängern. Vielleicht gerade zum Schluss der Vertretung: Hier haben wir ganz klar die Meinung, dass wir die Interessen der Stadt mit der Einsitznahme in den Verwaltungsrat wesentlich besser beeinflussen können. Der Informationsfluss ist da. Dass die beiden Kollegen jetzt in den Ausstand gegangen sind, hat damit zu tun, dass man auch die Meinung hat, dass freier diskutiert werden kann. Aber die Transparenz vom Verwaltungsrat in den Stadtrat ist zu 100 % da. Dafür sind sie gewählt und haben dafür auch einen Amtseid abgelegt, wo sie zum Wohle der Gemeinschaft und des Staates wirken. Was jetzt mit der Eigentümerstrategie zweimal gefallen ist: Urs, Du hast eine Motion gemacht. Die Antwort liegt vor. Ich kann sie Dir morgen zumailen. Es waren zehn Punkte. Das ist Dir und allen zugestellt worden. Wir sind jetzt übrigens daran, die Eigentümerstrategie, die wir dazumal formuliert haben, zu überarbeiten. Sie wird 2018 neu definiert und durch den Stadtrat verabschiedet. Die kritischen Bemerkungen zur Transparenz oder die Aufforderung, man solle transparent sein, ist hundertprozentig im Sinne des Stadtrates. Gleichzeitig haben wir die Sorgfaltspflicht gegenüber diesem Unternehmen, die Sachen auch einzuhalten, die diesem Unternehmen schlussendlich nicht schaden. Jetzt wird hier von kriminellen oder fast halbkriminellen Machenschaften berichtet. Ich habe das Gefühl, das ist auch sehr anmassend, auch dieses Misstrauen. Ich muss sagen, dass die Voten zum Teil sehr erstaunlich sind. Aber wie gesagt, werden wir diese Motion dann eigentlich auch zur Gelegenheit benützen, selbstverständlich die Transparenz dort, wo wir es auch geschrieben haben, in der Beantwortung der Motion, auch herzustellen.

Parlamentspräsident Dr. Rudolf Moor: Ich möchte einfach darauf hinweisen, dass die Eigentümerstrategie nicht Gegenstand der Motion ist, und ich möchte Euch bitten, auf die Punkte zu kommen, die wirklich in der Motion sind.

Urs Knapp: Ich möchte auf das reagieren, was Martin Wey gesagt hat. Ich glaube, es ist für das Protokoll wichtig. Niemand hier ausser Martin Wey hat gesagt, es habe Vorwürfe gegeben, es gebe kriminelle Machenschaften bei der sbo. Da war kein Wort. Du hast erstmals dieses Thema aufgenommen. Wenn Du das Gefühl hast, dass die sbo kriminelle Machenschaften hat, hast Du eine andere Verantwortung. Das Parlament hat dies nie gesagt. Die andere Frage ist noch, und das muss ich Dir einfach auch sagen, dass Du gesagt hast, die beiden Vertreter des Stadtrates die Interessen der Stadt im Verwaltungsrat wahrnehmen. Wenn sie dies tun, widersprechen sie dem Obligationrecht. Dort steht glasklar: „Der Verwaltungsrat entscheidet ohne Instruktionen im Interesse der Gesellschaft“. Die beiden Herren dürfen gar nicht die Interessen der Stadt direkt vertreten. Wenn wir heute etwas beschliessen, dürfen sie nicht sagen: Wir müssen jetzt den Beschluss des Parlaments machen. Noch das Letzte, einfach wegen der Eigentümerstrategie: Ich habe ein relativ gutes Gedächtnis. Es sind zehn Punkte genannt worden, und gleichzeitig hat der Stadtrat gesagt, es seien „Ausschnitte der Eigentümerstrategie“. Es wäre neu, und das ist auch gut, wenn diese zehn Punkte die Eigentümerstrategie sind. Wir freuen uns auf die vollständigen Sachen 2018.

Parlamentspräsident Dr. Rudolf Moor: Darf ich noch einmal bitten, dass wir nicht über die Eigentümerstrategie reden?

Stadtpräsident Dr. Martin Wey: Ich nehme alles zurück von kriminell. Das ist mir herausgerutscht. Ich habe einfach das Gefühl, es ist ein Misstrauen da. Korrigiere es bitte so. Ich entschuldige mich für diesen Ausdruck. Ich höre auf mit der Einsitznahme. Ich glaube, es hat auch etwas damit zu tun, dass von Euch – ich glaube von der freisinnigen Fraktion – auch ein Vorstoss eingereicht wurde, dass sich der Stadtrat mit der Einsitznahme in Verwaltungsräte wirklich auch näher auseinandersetzt und dies kritisch hinterfragt.

Parlamentspräsident Dr. Rudolf Moor: Ich habe das Gefühl, so langsam sind diese Themen diskutiert und schlage vor, dass wir zur Abstimmung kommen.

Beschluss

Mit 24 : 12 Stimmen bei 1 Enthaltung wird die Motion nicht erheblich erklärt.

Mitteilung an
sbo, Solothurnerstrasse 21, 4600 Olten
Finanzverwaltung

Verteilt am

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 14. Dezember 2017

Prot.-Nr. 46

Interpellation Philippe Ruf (SVP) und Mitunterzeichnende betr. Lärmbelästigung durch Untersuchungsgefängnis Olten/Beantwortung

Am 6. Mai 2017 haben Philippe Ruf (SVP) und Mitunterzeichnende folgenden Vorstoss eingereicht:

«Das Untersuchungsgefängnis am Rötzmattweg in Olten ist als Teil des Amtes für Justizvollzug auf kantonaler Ebene angebunden. Aufgrund diverser Belästigungen von Insassen des Gefängnisses gegen Passantinnen und Passanten, sowie die Störung der Bewohnerinnen und Bewohner des Wohngebietes Olten SüdWest durch die Zellenfenster, hatte man sich erkundigt, inwiefern das Amt für Justizvollzug der Problematik entgegenwirken kann.

Personen, die am Gefängnis vorbeigehen, werden regelmässig grob beschimpft und belästigt. Der Quartierverein Olten SüdWest hat ebenfalls die Problematik an die SVP Olten und den Interpellanten getragen; durch die Nähe zum Gefängnis sind Bewohnerinnen und Bewohner von Olten SüdWest den Belästigungen permanent ausgesetzt. Durch den Bau von Olten SüdWest und des allfälligen Baus eines Schulhauses im Kleinholz hat die Problematik eine neue Wichtigkeit und Tragweite angenommen.

Gemäss Antwortschreiben (vgl. Beilage Antwort vom Amt für Justizvollzug «Lärmbelästigung von Passanten beim UG Olten») erklärt das Amt für Justizvollzug, dass kurz- und mittelfristig keine Lösungen geplant sind. Nur langfristig wird der vom Regierungsrat beauftragte Neubau eines Gefängnisses (mögliche Inbetriebnahme ca. 2024/2025) eine Lösung bringen.

Gemäss Auskunft des Amtes für Justizvollzug des Kantons Zürich, bestanden ähnliche Problematiken bei Zürcher Gefängnissen. Massnahmen wurden beispielsweise im Limmattal (Dietikon) vorgenommen: Hausregeln verschärft, strenge Kontrollen werden durchgeführt, Insassen werden diszipliniert und ggf. Fenster verriegelt (dies ist im Neubau Dietikon möglich, in Olten hingegen nicht, hierzu vgl. ebenfalls Antwortschreiben in der Beilage).

Möglich wäre allenfalls, vor den Zellenfenstern einen Sichtschutz zu montieren, der den Blick auf die Strasse nicht zulässt oder einengt. Dieses Vorgehen wird manchmal gewählt, um auch innerhalb einer Gefängnisanlage die Blickwinkel einzuengen oder zu begrenzen.

Aus betrieblicher Sicht ist die Eingrenzung des Blickfeldes in der Regel unerwünscht, weil der Blick ins Freie für viele Insassen wichtig ist. Einschränkungen in diesem Punkt werden oftmals von Aufsichtskommissionen (z. B. von der Nationalen Kommission zur Verhütung von Folter NKVF) kritisiert.

Wie dargelegt hat das Amt für Justizvollzug einen eingeschränkten Handlungsrahmen. Von Seiten Stadt Olten kann jedoch im Sinne der Oltnerinnen und Oltner, Einwohnerinnen und Einwohnern von Olten Südwest, sowie ggf. künftigen Schülerinnen und Schülern des

Schulhauses Kleinholz und allen Besuchern des Naherholungsgebietes rund ums Gheid Unterstützung geboten werden.

Fragen an den Stadtrat

1. Inwiefern ist die Problematik bekannt und was plant der Stadtrat, um gegen die Belästigungen vorzugehen?
2. Wird die Problematik in den Masterplan für Olten SüdWest einfließen und falls ja, inwiefern?
3. Sofern von Seiten Stadtverwaltung keine Massnahmen geplant sind, wird der Kontakt zum Amt für Justizvollzug aufgenommen um die Problematik kurz- und mittelfristig zu beheben?
4. Was plant der Stadtrat, um langfristig (mit Verweis auf den Bau eines neuen Gefängnisses) die Problematik zu beheben?»

- - - - -

Im Namen des Stadtrates beantwortet Stadtpräsident Martin Wey den Vorstoss wie folgt:

1. *Inwiefern ist die Problematik bekannt und was plant der Stadtrat, um gegen die Belästigungen vorzugehen?*

Die Problematik ist dem Stadtrat bekannt. Er sieht indessen keine Massnahmen auf städtischer Ebene ausser der Intervention bei den zuständigen kantonalen Stellen. Die Direktion Präsidium hat dementsprechend mit dem Amt für Justizvollzug Kontakt aufgenommen und sich unter anderem nach den Erfahrungen in den vergangenen Sommermonaten erkundigt und dabei folgende Antwort erhalten (Mail von Urs Rötheli, Leiter Amt für Justizvollzug, vom 1. September 2017):

«Die Problematik betreffend Lärmbelästigung aus dem UG Olten ist uns bekannt und wir bedauern diesen unerfreulichen Zustand. Die Gründe und Interventionsmöglichkeiten haben wir bereits im Brief vom 14.03.2017 an Herrn Ruf dargelegt.

Zu Ihren Fragen nehmen wir gerne wie folgt Stellung:

Das Lärmproblem ist nur indirekt ein "Sommerproblem". Unsere Beobachtung ist, dass das Problem das ganze Jahr – mehr oder weniger – besteht. In den Sommermonaten wird es aber stärker wahrgenommen, weil in dieser Zeit der Rötzmattweg von Fussgängern oder Fahrradfahrern stärker frequentiert wird.

Das Lärmproblem ist primär der Gefangenenpopulation geschuldet. Es gibt Tage oder Wochen, wo das Lärmproblem nicht oder weniger ausgeprägt auftritt, und es gibt Zeiten, in denen die Lärmbelästigung eine lästige Dimension annimmt. Oft reichen schon ein oder zwei Gefangene, die für Unruhe sorgen. Ist der Lärm einmal "angestossen", sind die Immissionen kaum aufzuhalten. Die Gefangenen stacheln sich gegenseitig an, rufen einander zu, oder sie kommunizieren mit Angehörigen, welche sich ums UG aufhalten. Besonders störend ist, wenn sie gar Personen, die bloss am UG vorbeigehen, belästigen oder beschimpfen.

Wie bereits erwähnt haben wir im Brief vom 14.03.2017 an Hr. Ruf unsere beschränkten Interventionsmöglichkeiten aufgezeigt. Daran wird sich in absehbarer Zeit kaum etwas ändern. Je nachdem, wo sich die Mitarbeitenden aufhalten und / oder mit welchen Aufgaben

sie gerade betraut sind, werden die Lärmimmissionen (Inhouse) oft gar nicht wahrgenommen.

Betreffend Neubau eines UG wird aktuell am Wettbewerbsprogramm gearbeitet. Stand heute könnte, werden die verfahrenserforderlichen und politischen Hürden wie geplant gemeistert, ein neues UG ca. Mitte 2025 bezogen werden.»

2. Wird die Problematik in den Masterplan für Olten SüdWest einfließen und falls ja, inwiefern?

Das vom Untersuchungsgefängnis genutzte Gebäude liegt nicht im Perimeter des Masterplans und des Gestaltungsplans und damit auch nicht in deren Zuständigkeit.

3. Sofern von Seiten Stadtverwaltung keine Massnahmen geplant sind, wird der Kontakt zum Amt für Justizvollzug aufgenommen, um die Problematik kurz- und mittelfristig zu beheben?

Wie erwähnt, wurde der Kontakt aufgenommen mit der aufgeführten Reaktion von Seiten des Amtes für Justizvollzug.

4. Was plant der Stadtrat, um langfristig (mit Verweis auf den Bau eines neuen Gefängnisses) die Problematik zu beheben?

Laut Informationen des Amtes für Justizvollzug ist geplant, ein neues UG ca. Mitte 2025 zu beziehen. Der Stadtrat wird seinen Einfluss nach Möglichkeiten geltend machen, damit dieses Ziel erreicht werden kann.

- - - - -

Philippe Ruf: Diese Interpellation habe ich eingereicht, weil ich selber oft belästigt wurde, wenn ich dort vom Gefängnis bei uns hinten oben Richtung Gheid ging und auch verschiedenste Leute an mich herangetreten sind, die sich in diesem Naherholungsgebiet aufhalten und dort regelmässig aus diesem Gefängnis angeschrien werden. Es hat sich dann weiterentwickelt, und ich musste erfahren, dass es auch eine grosse Problematik ist, vor allem jetzt durch den Bau von Olten SüdWest, dass man dort effektiv permanent einem Lärm ausgesetzt wird. Die Insassen in diesem Gefängnis dort hinten oben schreien wirklich enorm herum, und das halt nicht nur zu Bürozeiten, sondern auch in der Nacht und zu allen möglichen Zeiten. Mir persönlich ist es relativ egal, wenn ich dort vorbeijogge, ob mir einer herunterruft oder nicht. Aber es kann natürlich für einige Leute und vor allem in Betracht dessen, dass wir auch planen, dort oben ein Schulhaus zu bauen, doch zu Problemen führen, angenommen, dass vielleicht bei einem Teil der Kinder dort ein Schulweg vorbeiführt. Für andere Leute, die dort arbeiten, die diesem Lärm länger ausgesetzt sind, die in der Nähe wohnen, scheint das effektiv eine grosse Problematik zu sein. Das Untersuchungsgefängnis ist auf kantonaler Ebene vom Justizvollzug geregelt, und es ist mir absolut klar, dass dies auch von ihnen geregelt werden muss. Was aber rundum passiert und für uns Bürgerinnen und Bürger von Olten und Leute, die dort vorbeigehen und sich auf dem Stadtgebiet aufhalten, ist es auch eine Problematik. Das passiert auch im Raum um dieses Gefängnis herum. Dadurch sind wir nachher auch direkt betroffen. Ich danke dem Stadtrat, Dir, Martin, für die Beantwortung meiner Fragen. Ich kann sie nachvollziehen. Es macht Sinn, was Du hier auch schreibst. Für mich ist die Problematik, wie Ihr Euch jetzt etwas aus der Affäre zieht. Ich weiss noch, dass sich am Anfang des Jahres vor dem Wahlkampf alle Parteien für Olten SüdWest stark gemacht. Haben gesagt, wie wichtig es ist, dort zu arbeiten. Wenn ich nachher ein paar Monate später eine Interpellation einreichen, sagt man einfach plötzlich: Ja, das ist nicht unser Gebiet, betrifft uns nicht, Masterplan Olten SüdWest, nein, ist ausserhalb

der Zone, interessiert uns nicht. Das enttäuscht mich recht, dass man sich jetzt dort plötzlich sagt: Okay, nein, das hat nichts mehr mit uns zu tun. Das Gefängnis wird 2025 hoffentlich neu gebaut. Aber bis dann einfach abwarten und nichts tun, das geht für mich nicht. Ich überlege mir, vielleicht noch weitere Vorstösse einzureichen oder auch ein Postulat, danke aber trotzdem für die Beantwortung.

Parlamentspräsident Dr. Rudolf Moor: Bist Du von der Beantwortung zufriedengestellt?

Philippe Ruf: Offensichtlich nicht.

Stadtpräsident Dr. Martin Wey: Philippe, ich glaube, ich kann Dich mit weiteren Ausführungen nicht glücklicher machen. Aber was man tatsächlich sagen kann, dort wo wir zuständig sind, dort nicht. Aber das heisst nicht, dass man sich nicht bemüht und bei den entsprechenden kantonalen Ämtern auch auf die Problematik hinweist. Die Antwort ist einfach dort, wo wir im Moment die Handlungsfähigkeit haben. Aber ich denke, es ist nicht so, dass der Stadtrat jetzt einfach die Hände in die Hosentasche steckt und nichts macht. Wir wollten jedoch einfach aufzeigen, was im Moment möglich ist. Deshalb ist die Antwort auf die Fragen im Moment so ausgefallen.

Christian Werner, SVP-Fraktion: Vielleicht noch kurz etwas für diese Interpellation und etwas dagegen. Ich kann es nachvollziehen, weil es effektiv ein Problem ist. Ich glaube, jede und jeder, die oder der dort vorbeigeht, hat dies schon festgestellt. Das UG lebt vor allem in der Nacht. Das ist so. Man erlebt dies auch, wenn man als Verteidiger dort ist. Diese Leute schlafen tagsüber, weil sie in der Nacht nicht können, weil es so laut ist. Das ist eine Tatsache. Das Problem am Ganzen ist einfach, dass das Gebäude relativ alt ist und insbesondere keine Lüftung hat. Gerade im Sommer müssen sie die Fenster geöffnet haben, weil sie es sonst einfach nicht aushalten. Weil es keine Lüftung hat, kannst Du eigentlich nicht wirklich viel dagegen machen. Wahrscheinlich ist es eine Beruhigungsspiel, wenn man jetzt denkt, dass die Stadt bald ein wenig mit dem Kanton diskutiert. Wirklich lösen kann man dieses Problem nicht. Das wird sich erst mit einem Neubau lösen. Dieser ist ja nicht in Olten geplant. Heute kann man es auch ganz anders bauen und es hat logischerweise auch eine Lüftung und Schalldämpfung und alles drin. Aber im UG Olten wirst Du dieses Problem nicht mehr lösen können, bis man es abreisst.

Dr. Christine von Arx, Fraktion SP/Junge SP: Dass die jetzige Nutzung dieses Platzes mit einem Untersuchungsgefängnis heutzutage nicht mehr glücklich ist, ist ja eigentlich unbestritten, vor allem auch, weil es wirklich alt ist und nicht mehr dem heutigen Standard entspricht. Im Büro über mir sind Gefängniszellen, und ich bin natürlich lange nicht so vom Lärm belästigt. Die Frage ist jetzt, wie es mit diesem Standort weitergeht. Hat der Stadtrat schon irgendeine Idee, welche Vorstellungen er hat, was man mit diesem Land dort machen kann, wenn das Gefängnis weggeht? Es gehört ja dem Kanton. Die Frage ist auch, ob die MFK dort oben glücklich ist. Hat der Stadtrat eine Idee, was er dem Kanton vorschlagen könnte, wie man dieses Land für die Stadt Olten sinnvoller nutzen könnte, oder schiebt er dies jetzt einfach ein wenig vor sich her, bis der Kanton dann irgendeinmal entscheidet, was er dort oben macht? Wenn die MFK halt grösser wird, wird die MFK grösser, was für das Quartier dort auch nicht wirklich gut ist.

Stadtrat Thomas Marbet: Ich habe den kantonalen Baudirektor gefragt, uns doch bitte ein Angebot zu machen, wann dieses Land zur Verfügung steht, weil es für die Stadtentwicklung interessant sein könnte, dort eine Ecke, einen Spickel zu haben. Aber es ist klar, dass dies noch einige Jahre dauern wird. Am Schluss geht es vielleicht um den Preis. Der Kanton kann der Stadt nicht einfach etwas versprechen oder günstiger übergeben. Aber ich habe gesagt, das wäre für die Stadt interessant, und wir möchten gerne ein Angebot machen, sobald dies zur Disposition steht. Heute haben wir keine Vorstellung, was wir realisieren möchten.

Laura Schöni, Olten jetzt! Ich habe etwas Allgemeines. Die Frage, die vorhin von Christine von Arx an den Stadtrat gestellt wurde, war doch jetzt nicht im Sinne dieses Geschäfts. Das

ist ja völlig losgelöst von dieser Interpellation von Philippe Ruf. Ich verstehe jetzt persönlich nicht, weshalb man dies dann auch noch beantwortet. Wir haben eine wahnsinnig lange Traktandenliste. Es liegt nachher genau an solchen Sachen, wo Zeit und Zeit und Zeit vergeudet wird. Ich finde dies schade. Das ist meine persönliche Meinung.

Parlamentspräsident Dr. Rudolf Moor: Laura, ich muss Dir aber sagen, dass wir im Moment eigentlich noch bei den Fraktionssprechern sind.

Philippe Ruf: Ich möchte jetzt noch mein Recht als Einzelsprecher wahrnehmen. Einfach noch kurz, und das muss ich schon noch anmerken. Das ist etwas wegen der Enttäuschung. Wie gesagt, ist es schwierig, hier etwas zu machen. Aber ich hätte doch auch erwartet, dass man sagt: Weisst Du was, wir haben geprüft, ob wir vielleicht irgendetwas von Seite Strasse her machen können? Ich weiss es nicht. Ich bin kein Botaniker. Aber irgendwelche riesige Bäume hinstellen, damit es wenigstens einen Sichtschutz gibt. Irgendwelche Massnahmen prüfen können. Ihr lasst diese Leute jetzt einfach im Stich, und sie haben bis 2025, oder ich weiss nicht bis wann, in der Nacht einen Riesenlärm, und Ihr tut nichts für sie.

Eugen Kiener: Ich möchte auch noch ganz kurz etwas im alten Jahr sagen. Eigentlich sind ja die Leute im Untersuchungsgefängnis, damit sie nicht mit der Öffentlichkeit, Bekannten oder Mittätern Kontakt aufnehmen können. Aber ich habe natürlich schon gesehen, dass sie mit ihrer Familie oder mit welchen Leuten dies immer sind, reden. Von daher müsste man hier schon schauen, dass dies anders kommt.

Mitteilung an
Stadtschreiber
Kanzleiakten

Verteilt am

Parlamentspräsident Dr. Rudolf Moor: Diejenigen, die gut auf die Uhr geschaut haben, haben gemerkt, dass es inzwischen 21 Uhr geworden ist. Ich muss mich natürlich an mein Versprechen halten und nicht noch ein neues Traktandum anfangen. Jetzt müsst Ihr aber noch warten. Es gibt noch einen Film. Weil ich Angst habe, dass nachher alle davon springen, möchte ich es nicht unterlassen, allen Anwesenden, sowohl den Stadträten als auch allen Parlamentariern und allen Gästen und auch dem Vertreter der Presse, der hier bis jetzt ausgehalten hat, schöne Festtage und einen guten Rutsch ins neue Jahr zu wünschen und einen anständigen Teil werden wir ja am 2. Januar wieder sehen. Macht es gut bis dann und genießt nachher noch das Würstliessen.

Der Parlamentspräsident:

Der Stadtschreiber:

Die Protokollführerin:

Protokollgenehmigung:

Einsprachen sind der Stadtkanzlei zuhanden des Parlamentspräsidiums innert 10 Tagen nach der Zustellung schriftlich einzureichen.